

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 6. November 1930
12. Jahrgang, Nummer 253

erschint Mittw. mit Wochenspaße des Comp. und Postings. Preis: Wochenblatt 48 Pf., 12 W. Monatsheft 60 Pf., monatlich 2,10 RM., 30 W. Monatsheft 2,00 RM., Einzelnummern 10 Pf. Nach die Post bezogen monatlich 2,00 RM., unter Umständen 2 RM. Anzeigenpreis: Die geschaltete Mittelzeile ober oder unter 12 W. 10 Pf., 24 W. 18 Pf., 36 W. 24 Pf., 48 W. 30 Pf., 60 W. 36 Pf., 72 W. 42 Pf., 84 W. 48 Pf., 96 W. 54 Pf., 108 W. 60 Pf., 120 W. 66 Pf., 132 W. 72 Pf., 144 W. 78 Pf., 156 W. 84 Pf., 168 W. 90 Pf., 180 W. 96 Pf., 192 W. 102 Pf., 204 W. 108 Pf., 216 W. 114 Pf., 228 W. 120 Pf., 240 W. 126 Pf., 252 W. 132 Pf., 264 W. 138 Pf., 276 W. 144 Pf., 288 W. 150 Pf., 300 W. 156 Pf., 312 W. 162 Pf., 324 W. 168 Pf., 336 W. 174 Pf., 348 W. 180 Pf., 360 W. 186 Pf., 372 W. 192 Pf., 384 W. 198 Pf., 396 W. 204 Pf., 408 W. 210 Pf., 420 W. 216 Pf., 432 W. 222 Pf., 444 W. 228 Pf., 456 W. 234 Pf., 468 W. 240 Pf., 480 W. 246 Pf., 492 W. 252 Pf., 504 W. 258 Pf., 516 W. 264 Pf., 528 W. 270 Pf., 540 W. 276 Pf., 552 W. 282 Pf., 564 W. 288 Pf., 576 W. 294 Pf., 588 W. 300 Pf., 600 W. 306 Pf., 612 W. 312 Pf., 624 W. 318 Pf., 636 W. 324 Pf., 648 W. 330 Pf., 660 W. 336 Pf., 672 W. 342 Pf., 684 W. 348 Pf., 696 W. 354 Pf., 708 W. 360 Pf., 720 W. 366 Pf., 732 W. 372 Pf., 744 W. 378 Pf., 756 W. 384 Pf., 768 W. 390 Pf., 780 W. 396 Pf., 792 W. 402 Pf., 804 W. 408 Pf., 816 W. 414 Pf., 828 W. 420 Pf., 840 W. 426 Pf., 852 W. 432 Pf., 864 W. 438 Pf., 876 W. 444 Pf., 888 W. 450 Pf., 900 W. 456 Pf., 912 W. 462 Pf., 924 W. 468 Pf., 936 W. 474 Pf., 948 W. 480 Pf., 960 W. 486 Pf., 972 W. 492 Pf., 984 W. 498 Pf., 996 W. 504 Pf., 1000 W. 510 Pf.

für Schlessien und Oberschlessien
Organ des RPD., Section der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlag: Arbeiter-Zeitung, Berlin, Unter den Eichen 15, Tel. 560 89.
Abteilung: Berlin, Unter den Eichen 15, Tel. 560 89.
Abteilung: Berlin, Unter den Eichen 15, Tel. 560 89.
Abteilung: Berlin, Unter den Eichen 15, Tel. 560 89.
Abteilung: Berlin, Unter den Eichen 15, Tel. 560 89.
Abteilung: Berlin, Unter den Eichen 15, Tel. 560 89.
Abteilung: Berlin, Unter den Eichen 15, Tel. 560 89.
Abteilung: Berlin, Unter den Eichen 15, Tel. 560 89.
Abteilung: Berlin, Unter den Eichen 15, Tel. 560 89.
Abteilung: Berlin, Unter den Eichen 15, Tel. 560 89.

Die Hochwasserkatastrophe in Schlessien und Oberschlessien vor dem Landtag

Nur die Kommunisten für sofortige Hilfe

Genosse Wollweber begründet die Hilfsmaßnahmen für die Geschädigten — 50 Millionen Mark sind als erste Rate sofort zu bewilligen

Wie wir gestern bereits mitgeteilt haben, trat gestern der Preussische Landtag zu einer kurzen Sitzung zusammen. Die kommunistische Landtagsfraktion betrachtete es als selbstverständlich, daß sofort die Hochwasserkatastrophe in Schlessien und Oberschlessien nicht nur behandelt, sondern auch unverzüglich die notwendigen Mittel bewilligt werden. Auch die übrigen Parteien hatten Anträge eingebracht. Während diese sich aber in allgemeinen Reden erschöpften, war der Antrag der Kommunisten bis ins kleinste kontrolliert und bot somit Gelegenheit, sofort zur Durchführung gebracht zu werden, wenn bei der Regierung der ernste Wille zur Hilfeleistung vorhanden war.

Wollweber begründet

Die kommunistische Fraktion beantragt, nachfolgenden Antrag heute als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen und ohne Begründung und ohne Besprechung dem Hauptausschuß zu überweisen:

In den Provinzen Schlessien und Oberschlessien sowie in Teilen der Provinz Brandenburg-Lausitz hat das Hochwasser der Ober- und deren Nebenflüssen großen Schaden angerichtet. Kleinbauern, Siedler, Kleingewerbetreibende, Handwerker und Arbeiter sind in einigen Gebieten dieser Provinzen durch den Hochwasserschaden geradezu ruiniert. Fast in jedem Jahr wird in den Provinzen Schlessien und Oberschlessien durch Uberschwemmungen großer Schaden angerichtet.

Die Hochwasserkatastrophen nahmen in erster Linie deshalb einen solchen gewaltigen Umfang an, weil die von der kommunistischen Fraktion wiederholt beantragten Flußregulierungsarbeiten nicht durchgeführt wurden. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Dämme und Deiche befinden sich zum Teil in einem Zustand, daß bei Hochwasser Durchbrüche und damit riesige Uberschwemmungen eintreten müssen. Staudämme sind nur an wenigen Stellen vorhanden, die Wassermengen aufnehmen könnten und ihren Abfluß regulieren. Die Stromregulierung der Gebirgsflüsse ist in geradezu katastrophaler Weise vernachlässigt worden.

Die Folge ist, daß nicht nur in jedem Jahre riesiger Sachschaden angerichtet wird, sondern in einigen durch Hochwasser ständig gefährdeten Gebieten befindet sich die Bevölkerung in höchster Lebensgefahr. Dazu kommt, daß die nach Unwetter- und Hochwasserschäden einsetzende Staatshilfe völlig ungenügend ist und daß in der Regel die Werktätigen durch diese Staatshilfe nicht den Schaden ersetzt bekommen, sondern die Mittergutsbesitzer, Großpächter, Fabrikbesitzer usw. Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt:

1. Als erste Rate den Betrag von 50 Millionen bereitzustellen, die wie folgt zu verwenden sind:
 - a) In Flußregulierungsarbeiten an den Nebenflüssen der Ober- und unteren Oder, insbesondere dringlich die Regulierungsarbeiten an der Görlitzer und Glatzer Neiße, an der Warthe, der Weistritz, der Ragbach, dem Bober, dem Queis, der Lohse und der oberen Kladnitz in Angriff zu nehmen.
 - b) Zur Instandsetzung und zum Ausbau der Oberdeiche, insbesondere bei Weißendorf und Briesg;
 - c) für den Staudammenbau bei Ratibor-Hammer und an der Kladnitz bei Serjao;
 - d) für Brücken- und Schiffsneubauten bei Spremberg, Madlow, Stabow, Ratibor-Hammer.
 2. Weitere 30 Millionen RM. bereitzustellen für die Entschädigung der durch Hochwasser geschädigten Kleinbauern, Kleinpächter, Siedler, Kleingewerbetreibenden, Handwerker und Arbeiter.
- Die Entschädigung erfolgt
- a) durch den Erlass aller fälligen und rückständigen Steuern der durch die Uberschwemmung geschädigten Kleinbauern, Siedler, Arbeiter und sonstigen minderbemittelten Bewohner;
 - b) durch Übernahme der fälligen und rückständigen Pachtzahlungen der durch Hochwasser geschädigten Kleinpächter und Siedler;
 - c) durch die Gewährung von nicht rückzahlbaren Beihilfen an alle durch Hochwasser geschädigten minderbemittelten Bewohner der Uberschwemmungsgebiete.
- Die Entschädigung wird von den Geschädigtenkommissionen in Gemeinschaft mit den Ortsbehörden festgesetzt. Die Geschädigtenkommissionen werden in Versammlungen der geschädigten Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden, Siedler, Kleinpächter, Handwerker und Arbeiter gewählt.

Die Katastrophe in den Ostprovinzen, insbesondere jetzt gesteigert durch die Uberschwemmung in bestimmten Gebieten der Provinzen Schlessien, Oberschlessien und Brandenburg erfordert eine schnelle Beratung unseres Antrages. Wir beantragen deshalb, daß dieser Antrag mit der Maßgabe dem Hauptausschuß überwiesen wird, daß er sofort zur Verhandlung gelangt, damit er noch in dieser Sitzungsperiode des Landtages erledigt werden kann. Unser Antrag unterscheidet sich von denen der anderen Parteien dadurch, daß er konkret formuliert ist, während die anderen Anträge nur allgemeine Redensarten enthalten.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Der Antrag wurde mit den Anträgen der anderen Parteien dem Hauptausschuß überwiesen.

Unsere Landtagsfraktion hat demnach die sofort bei Ausbruch der Katastrophe eröffnete Offensive weitergetrieben. Es versteht sich aber von selbst, daß damit nicht etwa für unsere Genossen im Bezirk die Sache erledigt ist. Im Gegenteil. Jetzt muß erst recht die Arbeit unserer Genossen einsetzen. Die Regierung wird sich auch für die allerbedeutsamste Hilfeleistung Zeit lassen, und sie wird vor allen Dingen den wirklich Bedürftigen überhaupt nicht helfen. Deshalb fordern wir noch einmal die sofortige Durchführung jener Maßnahmen, die im Rundschreiben der Bez.-Leitung aufgeführt sind.

Die Henter für Metallarbeiter ernannt

Jarres, Brauns und Singheimer sollen den Verratenen den Strick zuziehen

Berlin, 4. November.

Der Reichsarbeitsminister hat heute die drei Persönlichkeiten als Schlichter im Berliner Metallkonflikt ernannt, wie es seinerzeit zwischen den streikenden Parteien vereinbart worden war, und zwar den früheren Reichsarbeitsminister Brauns als Vorsitzenden der Kommission, sowie den Oberbürgermeister Dr. Jarres, Duisburg, und den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Singheimer. Die Kommission wird unverzüglich ihre Arbeiten aufnehmen. Sie ist gehalten, bis zum Ende der Woche einen Spruch zu fällen.

Dieses Konfliktum stellt schon durch seine Namen ein Programm dar, welches eindeutig in jene Richtung weist, in welcher der Schiedsspruch gefällt werden soll.

Da ist zunächst Herr Jarres, der seinerzeit von den Reaktionsären aller Schattierungen auf den Schild gehobene Reichspräsidentenwahlkandidat. Er sitzt jetzt mitten drin im Reiche der Kradner,

Thyssen und Konsorten und gilt als deren zuverlässigster Vertrauensmann.

Zu ihm der Pfaffe Brauns, der Mann, dessen Praxis als Reichsarbeitsminister so bekannt ist, daß es genügt, daran zu erinnern, und nun kommt der dritte. Eine Nummer für sich. Herr Dr. Singheimer. Die Dolchstößer und ihre Verteidiger werden sagen: Dieser Name bürgt für einen gerechten Schiedsspruch, denn er ist doch Sozialdemokrat und sogar eine „Leuchte“ im Lager der SPD. Er hat auf dem Gebiete des Arbeiterrechts sich als Theoretiker betätigt. In Wirklichkeit gehört er schon seit langem zu jenen „Theoretikern“, die im Hörgelbel-Sozialismus noch genau so Marxismus sehen, wie im Moskismus. So beweist schon diese Zusammenlegung des Gerichts, daß diese drei Männer das Werkzeug besitzen, den Dolchstoß der Urich und Konsorten zu Erde zu führen.

Die Verratenen aber nicht Geschlagenen haben ja inzwischen ihren Roten Metallarbeiterverband geschaffen, und gleichgültig, wie auch immer der Schiedsspruch ausfallen mag, der Blod ist geschaffen, an dem aller Verrat in nicht allzu ferner Zeit geschehen wird.

Ein unerhörter Justizskandal in Gleiwitz

Der „berühmte“ Landgerichtsdirektor Heinze läßt im Gerichtssaal nach Willkür verhaften

In Gleiwitz spielte sich gestern vor der dortigen Strafkammer ein ungeheurer Justizskandal ab.

Unser Jugendgenosse Bogdal, der seinerzeit zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war und sich in Untersuchungshaft befindet, stand erneut vor den Klassenrichtern, da sowohl unser Genosse als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatten. Die Verhandlung wurde aber auf Freitag, den 7. November, vertagt. Als nun unser Genosse Bogdal erschien, wurde er von unserem Genossen Lefke mit einem „Rot Front“ begrüßt. Sofort verhängte der Vorsitzende, der „berühmte“ Landgerichtsdirektor Heinze, über Lefke einen Tag Haft bei sofortiger Verhaftung. Auf diese Provokation hin kamen aus dem Zuhörerraum wieder Rot-Front-Muse. Darauf beglückte Heinze den anwesenden Stadtverordneten Dlugosch, ebenfalls einen Rechtsanwalt Lichtenstein als auch andere Zeugen das Gegenteil beweisen konnten, wurde auch Dlugosch zu zwei Tagen verurteilt und ebenfalls gleich verhaftet.

Als der Genosse Bogdal abgeführt wurde, brachte er, dem Terror dieses Heinze zum Trotz, ebenfalls ein dreifaches, donnerndes „Rot Front“ aus, dem alles begeistert zustimmte. Darauf ließ der „Heid“ Heinze die Jugendgenossin Fuhrmann vorführen, und diese erhielt drei Tage. Bei der Verkündung dieses Urteils brach sich die Empörung erst richtig Bahn. Der so „mächtig“ sich aufspielende Klassenrichter mußte erleben, daß seine von Angst strotzenden Provokationen genau das Gegenteil auslösten. Genosse Bogdal rief diesem „starken Mann“ ins Gesicht: „Nieber mit Heinze!“, und begeistert jubelten ihm alle zu.

Darauf ließ Heinze noch den Jugendgenossen Frankl und den parteilosen Arbeiter Jankl verhaften und gleich abführen.

Wir sind gewiß in unserer lamosen Hindenburg-Republik gerade auf dem Gebiete der Justiz, die man immer noch Rechtspflege nennt, allerhand gewöhnt. Aber was sich gestern in Gleiwitz im Gerichtssaal abgespielt hat, ist um deswillen ein so unerhörter Skandal, weil Gleiwitz nicht in Pommern, sondern in OS. liegt, an der Grenze des Terrorlandes von Pilsudski.

Gerade jene Leute, wie der in diesem Skandal an der Spitze marschierende Heinze, können das Maul nicht weit genug aufreißen über den Volenterror gegen Deutsche. In die ganze Welt schiden diese angeblich guten Deutschen a la Heinze ihre Klagen über den Volenterror hinaus, während ausgerechnet diese Gesellen dazu nicht die allerbedeutsamste Berechtigung haben. Ja, wir gehen sogar noch weiter und sagen ganz offen, daß es diese Heinze-Patrioten sind, bei denen sich alle die Deutschen für den Terror zu bedanken haben, den sie von den Polen zu erdulden haben.

Woher nehmen diese Terroristen das Recht, gegen polnische Unterbrüder zu schreien, die noch viel schlimmeren Terror dort ausüben, wo sie die Macht dazu haben.

Deshalb muß diesen maulanstreihenden Patrioten endlich ihre verlogene Pharisäermaske vom Gesicht gerissen werden. Die Freunde unserer durch den Heinze-Terror gepöbelten Genossen kämpfen heldenhaft in Polen gegen den Pilsudski-Terror. Die Heinze aber haben tausendmal tiefer als der schlimmste polnische Terrorist, das muß diesen Patrioten mit aller Deutlichkeit gesagt werden, und nicht bloß gesagt werden.

„Hunger für Young-Deutschlands Imperialismus!“

Unter der Krute des internationalen Finanzkapitals — Das „Ausland“ befehlt, Brüning vollstreckt — Ueber eine Milliarde für sozialpolitische Zwecke gestrichen — Dafür Hunderte von Millionen für Panzerkreuzer, Luftschiffe und Großagrarien — Kämpft um eure Befreiung unter Führung der Kommunistischen Partei!

Berlin, 5. November (Eig. Bericht).

Mit glatten Redewendungen der jesuitischen Schule begründete in der gestrigen öffentlichen Reichsrats-Sitzung Reichskanzler Brüning den Etat für 1931 und seinen „Wirtschafts- und Finanzplan“, der insgesamt 39 Gesetze umfaßt.

Einleitend sagte er, daß dieser Plan „eine Voraussetzung der Art für die künftige Außenpolitik ist, da das Ausland (!) unter allen Umständen die Durchführung der hier in Frage kommenden Gesetze erwartet.“ Namentlich was die Außenpolitik angeht, habe die Regierung in den letzten Tagen eingehende Verhandlungen vertraulicher Art mit den Länderregierungen gehabt. Es läge darauf an, „die Aktionsfähigkeit der deutschen Außenpolitik und ihre Freiheit zu erweitern.“ Dafür müßten von allen Volksteilen Opfer gebracht werden; die Regierung brächte das „Opfer der Unpopularität.“

Die imperialistischen Ziele des Tributkanzlers

Es ist nicht schwer zu erraten, was hier unausgesprochen blieb. Es geht Brüning um die Entfaltung des neuen deutschen Imperialismus. Er will den räuberischen Young-Plan, als Beauftragter des internationalen Finanzkapitals, gewissenhaft durchführen, auf Kosten der werktätigen Bevölkerung, aber gleichzeitig die Kapitalkraft des deutschen Unternehmertums, wiederum auf Kosten der Werktätigen, stärken, um so auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet seine imperialistischen Ziele mit genügend großer innerer Kraft zu verfolgen. Dazu gehört auch das große Flottenbauprogramm, über das wir bereits gestern berichteten.

Die Wirtschaftskrise bleibt

Der Hungerkanzler mußte allerdings gleich darauf Wasser in seinen Wein gießen, wenn er sagte, daß er sich „keinem Optimismus in bezug auf die Wirtschaftslage der nächsten Monate und des nächsten Jahres hingibt.“ „Um die Wirtschaftskrise zu meistern, müssen wir hier Dinge aussprechen, die nicht geeignet sind, an sich einer Regierung irgendwelche Popularität zu verschaffen,“ so versicherte Brüning nochmals, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß dieser Kurs gegen die Lebensinteressen des werktätigen Volkes gerichtet ist.

Von Braun bis Frick Einverständnis

Mit Freude stellt der Kanzler fest, daß in den vertraulichen Vorbesprechungen mit den Länderregierungen ein großer Teil von Mißverständnissen bereits ausgeräumt worden sei, und daß die Länderregierungen ihre Bereitwilligkeit angekündigt hätten, mit der Reichsregierung entschlossen an die Durchführung dieser arbeitserfreundlichen Gesetze heranzugehen.

Gegen Mieter und Kleingewerbe

Eingehend äußerte sich dann der Kanzler über die Fragen des Wohnungsbaus, der Senkung der Realsteuern und der sogenannten Preislenkung. Es müßten Staatsmittel dem privaten Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Dagegen hat die Wohnungszwangswirtschaft ihre Grenze erreicht und wird nach den neuen Gesetzen fallen. Die Mieter sind dann vogelfrei.

Die Senkung der Realsteuern soll die Handhabe geben, eine Preislenkung bei den Lebensmitteln und besonders im Kleinhandel herbeizuführen. Das ist die Fortsetzung einer Politik, die in der letzten Zeit schon unter der Herrmann-Müller-Regierung in Angriff genommen wurde. Da die Regierung eine Herabsetzung der Produktionskosten nicht erzwingen kann,

Wanzen

Wir meldeten bereits:

Ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des republikanischen Professors der Berliner Universität und ehemaligen Staatssekretärs im republikanischen Reichsfinanzministerium, Dr. Popitz, entschied: Der Staat Mecklenburg-Strelitz hat nachträglich an drei ehemalige Prinzessinnen als Aufwertung für eine bereits 1921 erhaltene Abfindung in Höhe von mehr als 10 Millionen Mark sofort 3 1/2 Millionen Mark zu zahlen. Das ist eine Aufwertung von 66 2/3 Prozent.

Die unverehelichten Frauenzimmer, die auf Kosten der Steuerzahler dieses Millionengeld vor einem republikanischen Schiedsgericht durchgeholt haben, sind die ehemalige Großherzogin Elisabeth, die Prinzessin Marie zu Lippe und die berühmte Miliza von Montenegro, die ebenfalls eine geborene Mecklenburgerin ist. Durch ihre Heirat mit Danilo von Montenegro, dem sie ein uneheliches Kind von einem Kammerdiener mit in die Ehe brachte, wurde Miliza Ausländerin. Bei ihrer Klage gegen Mecklenburg-Strelitz berief sich diese geborene Deutsche ausdrücklich auf den Versailler Vertrag. Ihre Ansprüche führt sie auf ein Mitgliedsversprechen des 1918 durch Selbstmord verendeten Großherzogs zurück.

Der Staatshaushalt von Mecklenburg-Strelitz beläuft sich auf 17 Millionen Mark bei einem durchschnittlichen Defizit von 2 bis 3 Millionen Mark. Den fünften Teil seines Haushalts soll nunmehr Mecklenburg-Strelitz an das fürstliche Geschmeiß zahlen. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet bedeutet das, daß jeder Einwohner 35 Mark zu zahlen hat.

Wir machen den Vorschlag, daß die Führer der Nationalsozialistischen Partei und der übrigen bürgerlichen Parteien ebenso wie der Sozialdemokratie durch eine Umlage verpflichtet werden, diese ungeheuerlichen Summen aus ihrer eigenen Tasche zu bezahlen, denn diese Parteien waren es bekanntlich, die keiner Zeit die von der kommunistischen Partei geforderte Streichung dieser Ansprüche auf Diebesgut verhinderten.

Ein Sowjetdeutschland würde mit diesen Herrschajten Augen Prozeß machen. Wanzen — die man zerstreuen muß.

soll der Zwischenhandelsgehalt des Kleingewerbes beschnitten werden, mit dem Erfolg, daß noch weitere Mittelschichten in den Bankrott getrieben werden, da bei gleichzeitigem Umsatzrückgang die Steuer- und Tarifpolitik des Reiches, der Länder und Gemeinden die Unkosten des Kleingewerbes dauernd erhöht.

Preistreiberei statt Preislenkung

Bekanntlich hat die Brüning-Regierung erst vor wenigen Wochen die Zölle für Weizen und tierische Produkte erneut erhöht, und es kam daher gar nicht überzeugend, als der Kanzler sagte, daß diese agrarpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung zu einer wirklichen Preislenkung auf dem Gebiete der Lebensmittel „nicht unbedingt hinderlich sein brauchen“ (!). In Wirklichkeit haben die Zölle zu einer Preissteigerung gerade der Lebensmittel geführt.

„Rücksichtslose Sparsamkeit“

Bei dem Kernstück dieser Gesetzgebung, Ueber 1 1/2 Milliarden Mark werden auf sozialpolitischem Gebiet „eingespart“. (Ueber die Einsparungen berichten wir an anderer Stelle.) Gleichzeitig aber schlägt die Regierung

neue Steuern

vor. Die Tabaksteuer wird erneut erhöht. Auch eine Er-

höhung der Umsatzsteuer ist in Aussicht genommen und wird als „letzte Reserve unter allen Umständen noch vorbehalten“.

Der Gehaltsraub an den Beamten

Ein besonderes Gehaltskürzungs-gesetz der Beamten und Angestellten von Reich, Ländern und Gemeinden soll mehrere hundert Millionen Mark Ersparnisse bringen. Brüning hatte den Mut, dieses neue Opfer von den Beamten, das natürlich nur die unteren und mittleren Beamten spürbar trifft, unter Hinweis auf die „unsagbare Not der Arbeiterschaft“ zu fordern. Die Dinge richtiggestellt, ist es allerdings so, daß die unteren und mittleren Angestellten (im Gegensatz zur hohen Staatsbürokratie) nicht zuviel, sondern die Arbeiterschaft zu wenig bekommt. Herr Brüning ist aber sogar bei dieser Auffassung, daß er mit dieser neuen Gehaltskürzung den Beamten „einen Dienst erweist“.

Für den „Gabentisch“ vom christlichen Kanzler

Am Schluß seiner Rede appellierte der „christliche“ Kanzler an den Reichsrat, innerhalb von 14 Tagen (!) diese Gesetze zu verabschieden, also beschleunigt durchzupeitschen, um dann auch im Reichstag noch vor Weihnachten sein Hungerprogramm dem deutschen Volke auf den „Gabentisch“ legen zu können.

Den Armen wird alles geraubt, dem Militarismus wird es gegeben

Auch die Familienwochenhilfe wird gestrichen — Das bedeutet: 50 Pfennig pro Tag und 25 Pfennig Stillgeld werden den Wöchnerinnen genommen

Im Anschluß an die Rede Brünings ging Reichsfinanzminister Dietrich auf die einzelnen Gesetze ein. Wir beschränken uns hier auf die wichtigsten ziffernmäßigen Angaben, die wir durch die inzwischen bekanntgewordenen Einzelheiten des neuen Etats ergänzen.

Die Gesamtersparnis beträgt 1,14 Milliarden Mark, die durch Ausgabenentlastungen und Neueinnahmen zustandekommen. Die Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung in Höhe von 575 Millionen Mark fallen vollkommen weg.

Die Gehaltskürzung für die Beamten und Angestellten für das Reich, einschließlich der Post, bringen eine Ersparnis von 124 Millionen Mark. Bei den Ländern und Gemeinden sind es sogar 270 Millionen Mark, wovon diesen jedoch nur 170 Millionen Mark bleiben, während 100 Millionen Mark an den Steuerüberweisungen an die Länder gekürzt werden.

Diese Ueberweisungen werden um weitere 318 Millionen Mark und nochmals 75 Millionen Mark bei der Umsatzsteuer, also um rund eine halbe Milliarde, gekürzt. Das bedeutet für die Länder und Gemeinden einen empfindlichen Ausfall, so daß sie ihren wachsenden sozialen Verpflichtungen noch schwerer als bisher nachkommen können.

In Wegfall kommen in Zukunft auch die Ueberlässe aus der Lohnsteuer von rund 119 Millionen Mark, die bisher der Reichsstaatsbankrott- und Invalidenversicherung zufließen.

Im Haushalt des Reichsarbeitsministeriums fallen neben den schon oben erwähnten Zuwendungen an die Arbeitslosenversicherung weg: 7 Millionen Mark für die Steigerungsbeiträge der Invalidenversicherung, 2,5 Millionen Mark beim Wohnungsfürsorgefonds, 7 Millionen Mark für Siedlungszwecke, 1 Million Mark für Kinderbetreuung, so daß jetzt gar keine Mittel mehr vorgezogen sind. Vollkommen in Wegfall kommen die Mittel für Blindenfürsorge und andere soziale Aufgaben und der Reichszuschuß zur Familienwochenhilfe. 2,5 Millionen Mark werden bei der Unterhaltung der Frankeneinpfänger an der Saargrenze gestrichen.

Im Haushalt für Versorgungs- und Ruhegehälter werden 104 Millionen Mark an bisherigen Ausgaben für die Kriegsbeschädigten „eingespart“. Darunter 14 Millionen Mark bei der Kapitalabfindung.

Während hier Einsparungen dort vorgenommen werden, wo Erhöhungen der Summen angesichts der Notlage unbedingt notwendig wären, heigern sich die Ausgaben beim Reichswehrministerium, bei der Luftfahrt und bei den Subventionen an die Agrarier.

Für die Durchführung des Flottenbauprogramms sind vorläufig bis zum Jahre 1933 insgesamt 300 Millionen

Mark vorgezogen; 50 Millionen jährlich. Die erste Rate für den Panzerkreuzer B beträgt 11 Millionen Mark und kommt bereits in den nächsten Wochen im Reichstag zur Abstimmung. Vorgegebene Abstriche beim Reichswehrministerium sind „vorbehalten“ worden. Die einmaligen Ausgaben für die Reichswehr erhöhen sich sogar auf 2,8 Millionen Mark. Für die Schiffbauabteilung sind die Summen auf 1,4 Millionen Mark erhöht worden.

Für Luftschubbomben ist eine neue Position in Höhe von 1 Million Mark eingesetzt worden. Ueberflüssigerweise auch noch 155 000 Mark für die Errichtung einer Gebäudetrizität der Gefallenen des Weltkrieges. Dafür werden die Bezüge der Kriegbeschädigten herabgesetzt. Für die Luftschiffahrt sind 800 000 Mark mehr eingesetzt als im vergangenen Jahr, insgesamt 39 Millionen Mark. Davon erhält allein die Luftkassa 19 Millionen Mark, 1,1 Million Mark werden für die Versuchsfahrten des Zeppelinluftschiffes hinausgeworfen.

Für die Agrarier sind wieder Riesengeschenke in Aussicht genommen. Neu eingesetzt werden 90 Millionen Mark (!) für die sogenannte Osthilfe. Zur „Stützung der Getreidepreise“ werden Steuererlöse in Höhe von 7,5 Millionen Mark verschleudert. Die Mittel zur Zinsverbilligung für die Milchwirtschaft sind gegenüber dem Vorjahr sogar verzehnfacht worden und betragen 1,5 Millionen Mark.

Stegerwalds Furcht vor Streiks

Als dritter im Bunde sprach in der Sitzung des Reichsrats der Arbeitsminister Stegerwald über die Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik. Nach seinen Angaben rechnet die Regierung im nächsten Jahr mit 800 000 Personen, die unter Krisenfürsorge fallen und 700 000 bis 800 000 Personen, die auf die Bettelpfennige der Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind.

Kategorisch erklärte Stegerwald, daß der Wohnungsbau gestoppt werden muß, weil keine Mittel mehr vorhanden sind. Er wandte sich gegen den Vorwurf, daß er eine Lenkungs- und Preispolitik betreibe. Dabei machte er folgende, sehr bemerkenswerte Ausführungen:

„Ueberlassen wir die Lohnentwicklung dem freien Spiel der Kräfte, so könnten bei der Neigung der Deutschen zu Extremen Störungen der öffentlichen Ordnung im Dienste von Streiks und Aussperrungen eintreten, wodurch das Sanierungswert der Reichsregierung ernstlich gefährdet werden könnte.“

Seine in Wirklichkeit durchgeführte Lohnlenkungs- und Preispolitik umschrieb Stegerwald mit den Worten, daß die Regierung „nämlich und regulierend eingreifen will“.

Sinweg mit Brüning!

Brünings Rede läßt sich auf die kurze Formel bringen: „Hunger für Young-Deutschlands Imperialismus!“ Auch die proletarische Wöchnerin und der Säugling müssen ihr „Notopfer“ bringen durch Verzicht auf die bisher geleistete Wochenbeihilfe, damit wir Panzerkreuzer bauen können. So will es der christliche Kanzler der Zentrumspartei. Für die eingesparten 15 Millionen bei der Wochenbeihilfe kann man schon ein paar Geschützkrone auf Panzerkreuzer B bauen. Nieder die Wöchnerinnen, hoch die Admirale und ihr vaterländisches Handwerk!

Diese Politik der zynischen Mißachtung der proletarischen Not und der aufreizenden Verschwendung von Hunderten von Millionen für Mißlungszwecke kenn-

zeichnet die Politik der Bourgeoisie im Zeichen des Young-Plans. Den Armen nichts, den Reichen alles. Im Namen des internationalen Finanzkapitals treibt die deutsche Bourgeoisie die Tributlasten rücksichtslos durch neue Belastungen der Massen und durch Abbau der Sozialpolitik ein.

Es bestärkt sich, was die kommunistische Partei in ihrer programmatischen Erklärung über den Kampf des werktätigen Volkes in Deutschland und seine soziale und nationale Befreiung vor Monaten zum Ausdruck brachte. In diesem Augenblick, da Brüning, Braun und Severing dazu übergehen, ihr arbeitserfreundliches Programm durchzuführen, rufen wir die Massen auf, sich um die kommunistische Partei zu scharen und mit ihr gemeinsam im ankerparlamentarischen Kampf nicht eher zu ruhen, bis diese Regierung gekürzt und der Weg frei wird zur endgültigen Befreiung des Proletariats.

Lehren aus der Schlacht der 130 000 Metallarbeiter

Verraten — aber nicht geschlagen

Der Berliner Metallstreik war ein grandioser Beweis der proletarischen Massenmacht. 130 000 zeigten, daß auch in den Zeiten schwerster Wirtschaftskrise und der Millionen-ermordungsfähigkeit eine Streikfront eifern und einheitslich stehen kann. 130 000 Kader mit der Gewalt ihres entfesselten Kampfwillens das ganze faschistische Nachprogramm Brünings, das ganze blutige, schmutzige, brutale System des Young-Kapitals, 130 000 auf der Straße, in täglichen Versammlungen, verbrüdet mit den Erwerbslosen, umschlossen von einer Sturmarmee der Sympathisanten, von Blattpolitikern bis Neuhörten, wurden täglich mehr zu einer politischen, revolutionären Macht, die Angriff gegen die morsche, zerrüttete Herrschaft der kapitalistischen Katastrophengeneration.

Diese wachsende Gefahr, diese täglich steigende politische Bedrohung fürchten die Herren in den Regierungszimmern der Reichsregierung. Hinter ihren doppelten und dreifachen Schuttpolizisten lag die Nervosität. Der Schacher mit Ulrich mußte beschleunigt werden — und die meistbietende Verschacherung von 130 000 streikenden Metallarbeitern wurde von der sozialfaschistischen Bürokratie durchgeführt.

Die politische Bedeutung des Berliner Metallstreiks war eine größere als die des Streiks in Nordwest und Mansfeld. Der Berliner Metallarbeiterstreik folgte dem 14. September, der Aufmarsch von 738 000 Berlinern für das revolutionäre Freiheitsprogramm des Kommunismus. Geführt von der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die mit ihrer selbständigen Streikführung im Feuer des Kampfes zur selbständigen gewerkschaftlichen Massenorganisation der Metallarbeiter wuchs, gingen die Belegschaften durch ihre Streikschlüsse über die Köpfe der Bürokratie hinweg und erzwangen dadurch den Streik auf der ganzen Linie. Es trat bei der Auslösung dieses Kampfes und beim Streikbruch tatsächlich in Erscheinung, was in den Thesen des 5. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale so klar gezeichnet worden ist:

„Manchmal, wenn die Sozialfaschisten sehen, daß eine Ablehnung des Streiks den Verlust jeden Einflusses für sie bedeuten würde, treten sie an die Spitze der beginnenden Bewegung und schlagen sofort den Kurs auf eine Niederlage ein, um die Arbeiter vom „Streikfieber“ zu kurieren. Damit es rasch zur Niederlage kommt, setzen die Sozialfaschisten Wendestreikleistungen ein. Den Arbeitern wird empfohlen, zu Hause zu bleiben, bis sie gewarnt werden, und inzwischen führen die Sozialfaschisten in feierhaftem Tempo Verhandlungen über die Schlichtung, Abschluß eines neuen Tarifvertrages usw. Nachdem sie sich hinter den Rücken mit den Unternehmern geeinigt haben, erklären sie im Namen der Gewerkschaften den Streik für beendet.“

Die Ulrichs hatten sich, als der Streik nicht mehr zu verhindern war, nach Eberts Beispiel vom Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, an die Spitze gestellt, um ihn abzumürren. Die Trustkapitalisten und ihre Regierung diktierten den Termin zur Wahrung, als von Tag zu Tag die Politisierung der Belegschaften fortschritt. Aber gerade die verbrecherische Spaltung der einheitslichen Streikfront, die im Gefolge der Ablehnung der deutschen Sozialdemokratie vom 18. Oktober für die faschistische Diktaturregierung Brünings kam, hat die politischen Fronten in den Betrieben mit aller Schärfe aufgerissen.

Hier die sozialfaschistischen Streikführer, die käuflichen Lakaien Brünings und Youngs — dort die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Schulter an Schulter mit der kommunistischen Partei, die einzige treue, massenläufige, wirklich den Arbeitern verbundene und verantwortliche Führung.

Rum erst recht hat die Abrechnung mit der streikbrecherischen SPD-Führung, mit den Verbrechern des 18. Oktober begonnen. Im Sturm der Erbitterung in den Belegschaften über die organisierte Streikbruchpolitik der SPD-Führung schlug die Geburtsstunde des Roten Metallarbeiterverbandes für Berlin als direktes Ergebnis dieses Metallarbeiterstreiks. In der schärferen Ausprägung des Massenkampfes in Young-Deutschland zeigt sich gegenüber Nordwest und Mansfeld der historische Fortschritt: die noch schärfere Abrechnung mit den Verrätern und Streikbrechern vollzieht sich auch organisatorisch.

Der Streikbruch wurde zuerst von den Stahlhelmen und Reichsvereinslern begonnen, blieb aber ohne jede Wirkung. Dann folgte Ulrich durch die Täuschung und Irreführung jener Gewerkschaftsmitglieder, die noch unter seiner Führung standen, mit dem breit organisierten Streikbruch. Aus dem Gewand des Herrn Goebels kam dann die Losung an die Nazis, daß auch sie am Streikbruch teilzunehmen haben. Es zeigte sich die gemeinsame Politik des gewöhnlichen Streikbrecherstums vom Stahlhelm und den Nazis bis zu Ulrich. Kein prinzipieller Unterschied zwischen ihnen! Ulrich gewies nur, daß sein Streikbruch großzügiger, gefährlicher und vorläufig noch wirksamer sein konnte, während die Nazis ihre ganze Einflußlosigkeit innerhalb der Metallarbeiterkraft enthielten.

Die RSD. war in der Vorbereitung und in der Durchführung des Metallstreiks die Führerin der kämpfenden Metallarbeiter, die die Belegschaften unter ihrer selbstgewählten Führung zur Einheitsfront des revolutionären Widerstandes und Angriffes gegen die Ausbeuter zusammenschweißte.

Wer hat die Unorganisierten in die Einheitsfront des Kampfes und der Kampfführung zum heldenhaften Durchhalten eingereiht? Wer hat mit dem Schwindel ausgedrückt, daß sie rückständige Elemente sind? Wer hat aus schärfster Ulrichs streikbrecherische Hetze gegen die Unorganisierten bekämpft? Die RSD.

Wer hat die Erwerbslosen zur herrlichen Solidarität angeleitet, sie in die vorderste Kampflinie des roten Streikheeres gestellt, sie im opfermühtigen Kampfbündnis in Nacht und Miste an die Seite der streikenden Betriebsarbeiter gestellt? Die RSD.

Wer hat die Arbeiterinnen ausgerüttelt, daß sie tapfer als Erste aus dem Betrieb gingen und — Letzte noch in der Streikfront ausgeharrt haben? Wer hat auch mit der Lüge aufgeräumt, daß man mit Frauenbelegschaften nicht kämpfen kann? Die RSD. Wer hat unermüdet für die Einbeziehung der Lehrlinge in die große Streikfront gegen die Streikbrecherideologie der Gewerkschaftsbürokratie gekämpft und in diesem Kampf die glänzende Demonstration der Kampfesfreude der Lehrlinge ermöglicht? Die RSD.

Wer hat das ganze rote Berlin zur begeisterten Solidarität mobilisiert, die Verbreiterung der Streikfront auf die Nicht-SPD-Betriebe durchgeführt, die hervorragende Hilfsaktion der Internationalen Arbeiterhilfe für die von den Ulrich und Co. jeder Unterstützung beraubten organisiert? Wer schickte Zehntausende von Streikhelfern durch die Arbeiterquartiere? Wer brachte die Sammelsolunen auf die Beine, die hinaus ins fache Land zu den Kleinbauern und Landarbeitern gingen, das brüderliche Bündnis von Stadt und Land gegen die gemein samen kapitalistischen Ausbeuter schufen und ungeheure Mengen von Lebensmitteln für die Streikfront in die Stadt schafften? Die RSD.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die in diesem Kampf solche gewaltige Kräfte der Massen zur Entfaltung brachte, hat vor den Massen die Wichtigkeit ihrer Losungen und ihrer revolutionären Streikstrategie gezeigt. Die Massen sahen ihre politische Stärke, ihre proletarische Ehrlichkeit, ihre klassenkämpferische Treue.

Die RSD. wird aber mit offener revolutionärer Selbstkritik auch auf der Metallbegleitertagung am Dienstag die Schwächen feststellen müssen, die innerhalb dieser Bewegung in Erscheinung traten. Ohne Beschönigung, ohne Vertuschung! Es waren opportunistische rechte Fehler, die in manchen Betrieben sich in einem Zurückweichen der Funktionäre der RSD. vor der sozialfaschistischen Bürokratie zeigten, und es waren sektiererische Fehler, die in manchen Betrieben die Möglichkeiten der Einbeziehung von kampfgewillten sozialdemokratischen Arbeitern in die Einheitsfront unter Führung der RSD. verhinderten.

Grandioser Aufbau in Sowjet-Rußland

Der Breslauer Arbeitersprecher E. Sch. sendet uns nachstehende Uebersetzung aus der Esperantozeitung „Sennaculo“:

Eine skandinavische, polnische und deutsche Delegation, die am 5. Weltkongress der Roten Gewerkschaftsinternationale teilnahmen, nachdem sie die Sowjetunion durchreist hatten, um mit dem Leben der Arbeiter bekannt zu werden, haben soeben eine Erklärung über ihre Eindrücke in der Sowjetunion veröffentlicht, in welcher gesagt wird:

„Nur, wenn man sieht, wie in der Sowjetunion die ganze Industrie sich entwickelt, indem sie die Industrien aller kapitalistischen Länder überträgt, wenn man sieht, wie die Industrien wie die Flügel nach einem Regen aus der Erde schießen — nur dann kann man klar die Bedeutung des sowjetrussischen Fünf-Jahre-Planes verstehen. Man kann sagen, daß die Union die Arena eines grandiosen Aufbaues ist. Ebenso rapid wie die Industrien entwickelten sich die Kollektivwirtschaften. Gleichzeitig mit dem Aufbau des Sozialismus verbessert sich der Lebensstandard des Proletariats. Oft sieht man neue, schon in Funktion getretene Fabriken, in welchen in jeder 15 000 bis 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden. Ebenso sind neue Universitäten oder neue Wohnhäuser fertig oder rufen sich im Bau begriffen. Es entstehen ganz neue Industriezentren sowie Städte. — Wir wollen der Arbeiterschaft der ganzen Welt nicht verschweigen, daß alle Informationen der Kapitalisten und ihrer Lakaien, der Sozialfaschisten, über die Lage der UdSSR. niedrige Lügen sind.“

Die Lage in Rußland wird am besten charakterisiert durch die Tatsache, daß im Gegensatz zu allen kapitalistischen Staaten, in welchen 20 Millionen Erwerbslose sind, die Union jetzt keinen einzigen Erwerbslosen hat. Im Gegenteil, in allen Unternehmungen sieht es an Arbeitern, und schon ladet Rußland die Arbeiter kapitalistischer Länder ein, dort Arbeit aufzunehmen.

Wir würden kein vollständiges Bild über Rußland zeichnen, wenn wir nicht über die Rote Armee sagen würden. Wir haben letztere des öfteren besucht. In der Union ist sie eine Kulturstiftung. Der Kriegszustand wird deshalb nicht vernachlässigt, was wir be-

Es zeigte sich in diesem Kampf noch ein großer Widerspruch zwischen dem politischen Einfluß, der politischen Führungsrolle der revolutionären Gewerkschaftsopposition und ihrer organisatorischen Stärke, — der Widerspruch, der den Ulrichs noch einmal zum Belling ihres Streikbruchs half.

Gerade diese Tatsache hat im Verlaufe dieses Streiks und mit der grenzenlosen Erbitterung der Massen über den sozialfaschistischen Streikbruch den Willen zur organisatorischen Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsfront, zur Schaffung des Roten Metallarbeiterverbandes für Berlin reifen lassen.

Die einheitsliche Kampforganisation der Berliner Metallarbeiter tritt auf den Plan. Sie vereinigt die besten Kampftraditionen der Gewerkschaften aus der Vorkriegszeit mit den gegenwärtigen Kampferfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterkraft unter Führung der Roten Gewerkschafts-Internationale. Sie ist ein Glied des revolutionären Kampfes unter den Fahnen der weltbeweihehenden kommunistischen Internationale. An die Stelle der Gewerkschaftsböden, die von der faschistischen Führung der deutschen Sozialdemokratie, die von Siemens, Bosch und Brüning in jedem Schritt ihres Tuns abhängig sind, treten mutige Klassenkämpfer aus der Mitte der Belegschaften an die Spitze des Roten Metallarbeiterverbandes.

Die Bedeutung der Gründung des Roten Metallarbeiterverbandes ist groß. Sie ist der Ausdruck des schürmischen Aufstrebens der Massen zur Front des revolutionären Freiheitskampfes, des ungeborenen Kampfwillens der Metallarmee der 130 000 — und damit eine Bürgschaft des Sieges in den kommenden großen Klassenkämpfen.

grüßen, weil die Imperialisten den neuen Krieg gegen die Union vorbereiten.“

Die Delegationen besuchten Dagestan, Azerbeidshan, Georgien, Gruenien. In diesen Ländern wurden die Völker besonders bedrückt durch den Faschismus, hauptsächlich in ihrem nationalen Willen. Dank der Oktoberrevolution haben alle kleinen Völker ihre volle Selbständigkeit wiedererworben.

Alle autonomen Republiken, autonom regiert, gingen in den Bestand der Union über; sie erhalten und entwickeln ihre autonomen Sprachen sowie ihre ganze Kultur. Die Vergewaltigung der Industrie in diesen Ländern wird auch sehr bemerkbar. Dies ist notwendig zu unterstreichen, weil der Faschismus nichts tut, um diese Länder fortschrittlich zu entwickeln; sie waren nur Agrarländer.

Die Delegationen kamen daher zu dem Schluß, daß der Fortschritt der Union zum Nutzen der Arbeiterklasse nur möglich war unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats.

Zimmer weiße Zähne. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Noch nie hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, um so mehr, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnbürsten.“ gez. E. Chudoba, Kr. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mk., und weiße jeden Erfaß dafür zurück. **Reichswehr**

Arbeiter-Kino, Margaretenstr. 17
Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr
TURKSIB

Das Epos einer Eroberung
Turksib ist Fünfjahresplan
Turksib, das Tagesgespräch
Auf der Bühne: Die roten Ruderer
Anna Karenina, nach dem Roman von Tolstoj
Jugend verboten
Erwerbslose bis 5.30 Uhr nur 25 Pf., Besucher ausweis 50 Pf., ohne 70 Pf.

Der reformistische Konsumverein Leipzig-Plagwitz eröffnet in Halle Verteilungsstellen

Da der von den Sozialfaschisten im roten Konsumverein Halle beschlossene Käuferstreik und Austritt der Anhänger der SPD. bisher ein Fiasko war, versuchen die Reformisten weitere Mittel zur Spaltung des Konsumvereins Halle. In der Ortsbezirksversammlung der SPD. die in den letzten Tagen stattfand, wurde mitgeteilt, daß der Konsumverein Leipzig in Halle einige Verkaufsstellen eröffnen soll.

Sogar ein Teil der SPD-Arbeiter befolgt die Parolen der Sozialfaschisten nicht. In der Ortsbezirksversammlung erklärte ein SPD-Arbeiter offen, daß er die Parole des Käuferstreiks im RSD. nicht befolge. Auch eine Reihe SPD-Mitglieder der Vertreterversammlung, die von der oppositionellen Verwaltung zu einer klaren Entscheidung aufgefordert wurde, ist von den Parolen der SPD-Bürokratie abgerückt. In der Sitzung des Ausschusses, in der eine Reihe Ausschüsse von Reformisten und Renegaten aus der Genossenschaft beschlossen wurde, rückte auch ein Anhänger des Urbahn-Vereins von der Heilmkampagne der Renegaten ab, so daß von seinem Anschluß Abstand genommen wurde.

Die verhasste Heilmkampagne der Sozialfaschisten hat die Aktivität der Klassenbewußten Arbeiter zur Verteidigung ihres roten Konsumvereins weiterhin gesteigert. In einer soeben stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, für jeden ausgegrenzten Sozialdemokraten 10 neue Mitglieder für den Konsum zu werden.

Auch die Opposition in den reformistischen Konsumvereinen muß die Solidaritätskampagne für die roten Konsumvereine Mitteldeutschlands steigern. Überall muß eine verstärkte Werbetätigkeit für die Umleitung der Spargroschen der oppositionellen Genossenschaftsmitglieder aus den reformistischen Vereinen für den Konsumverein Halle entfaltet werden.

LIEBIG
Täglich 2 x 4 Uhr
3 Stunden Lachen!
Bobbie Hind
mit seiner neuen Jazz-Band
Claire Feldern
Parodien
Circus Liliput
von Paul Sander
und das lustige
Novemb.-Programm
Eintrittspreise 2.50-4.00
Nachm. halbe Preise
und Vollprogramm
Bef. 045 40

Wandleibhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belebung u. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Original Musgraves
„Germanen“
Ofen
OHNE AUFSCHLAG
BEI MONATLICHEN RABATTSZAHLUNG
BEIER & OLOWINSKY
G.M.B.H. HERRENSTR. 1

Rund um den Erdball

Schrämm-Maschine — Ursache der Alsdorfer Explosion?

Alsdorf, 4. November. Nach einem Bericht des Unfall-Ausschusses der Grubenberichts-Kommission in Bonn über den Stand der Aufräumungsarbeiten und die bisherigen Ermittlungen wird die Möglichkeit zugegeben, daß die Katastrophe ihre Ursache in der Benutzung schneidender Maschinen gehabt haben könnte. Unter Tage sind die Feststellungen, soweit die Stollen zugänglich sind, inzwischen abgeschlossen worden. Danach erscheint es ausgeschlossen, daß es sich bei der Explosion um eine Zündung von Schlagwettern durch Schleifarbeiten gehandelt habe. Den Ausgangspunkt der Explosion hat man bisher noch nicht finden können.

Ebenso wurde die Möglichkeit ausgeschlossen, daß die Explosion ihren Anfang über Tage genommen hat.

Nach diesem Bericht der Bergbaubehörde bestätigt sich unsere Annahme, daß die Katastrophe von Alsdorf durch Funkenbildung an Maschinen und nachfolgender Schlagwetterexplosion entstanden ist.

Die Urteile im Phosgen-Prozess

Hamburgischer Staat Schadenersatzpflichtig

Hamburg, 4. November. Am Dienstag wurden vor der Zivilkammer des Hamburger Landgerichtes die beiden Prozesse auf Schadenersatz gegen den Hamburgischen Staat aus Anlaß der Phosgen-Katastrophe vom 20. Mai 1928 zum Abschluß gebracht.

Der Hamburgische Staat hat es verstanden, sich vor der Bezahlung des größten Teiles des Schadenersatzes zu drücken. Die Gruppe der Ankläger, die sich aus den Witwen und Waisen der ums Leben gekommenen Männer zusammensetzt, im ganzen 121, wurde in dem Urteil nur zu einem geringen Teil berücksichtigt. Auch in der zweiten Gruppe der Kläger gelang es nur einem Teil der Geschädigten, Schadenersatz vom Hamburgischen Staat zu erreichen.

Gastrieg in Sing Sing

Ausbruchsvorfall im New Yorker Zuchthaus
Ein Gefangener getötet, drei schwer verletzt

New York, 3. November. In der Nacht zum Sonntag unternahm vier Strafgefangene im Strafgefängnis Sing Sing einen plötzlichen Ausbruchsvorfall. Sie überwältigten überraschend die fünf Wächter des Nachdienstes und entwaffneten sie. Die Augenwache des Gefängnisses war aber durch den Lärm aufmerksam gemacht worden und alarmierte die nahe gelegene Polizeistation. Die Polizei umstellte das Gefängnisgebäude und eröffnete ein Schnellfeuer auf die Gefangenen, die zu entkommen versuchten.

Die Ausbrecher setzten sich mit den Waffen der Gefängnisbeamten zur Wehr. Es kam zu einem scharfen Feuergefecht, in dessen Verlauf ein Gefangener getötet und die drei übrigen schwer verletzt wurden. Die Polizisten warfen dann noch Tränengasbomben gegen die Niedergeschossenen. Von der Polizei wurde keiner verletzt, dagegen wurde ein Gefangenewart durch einen Schuß der Polizisten schwer verwundet.

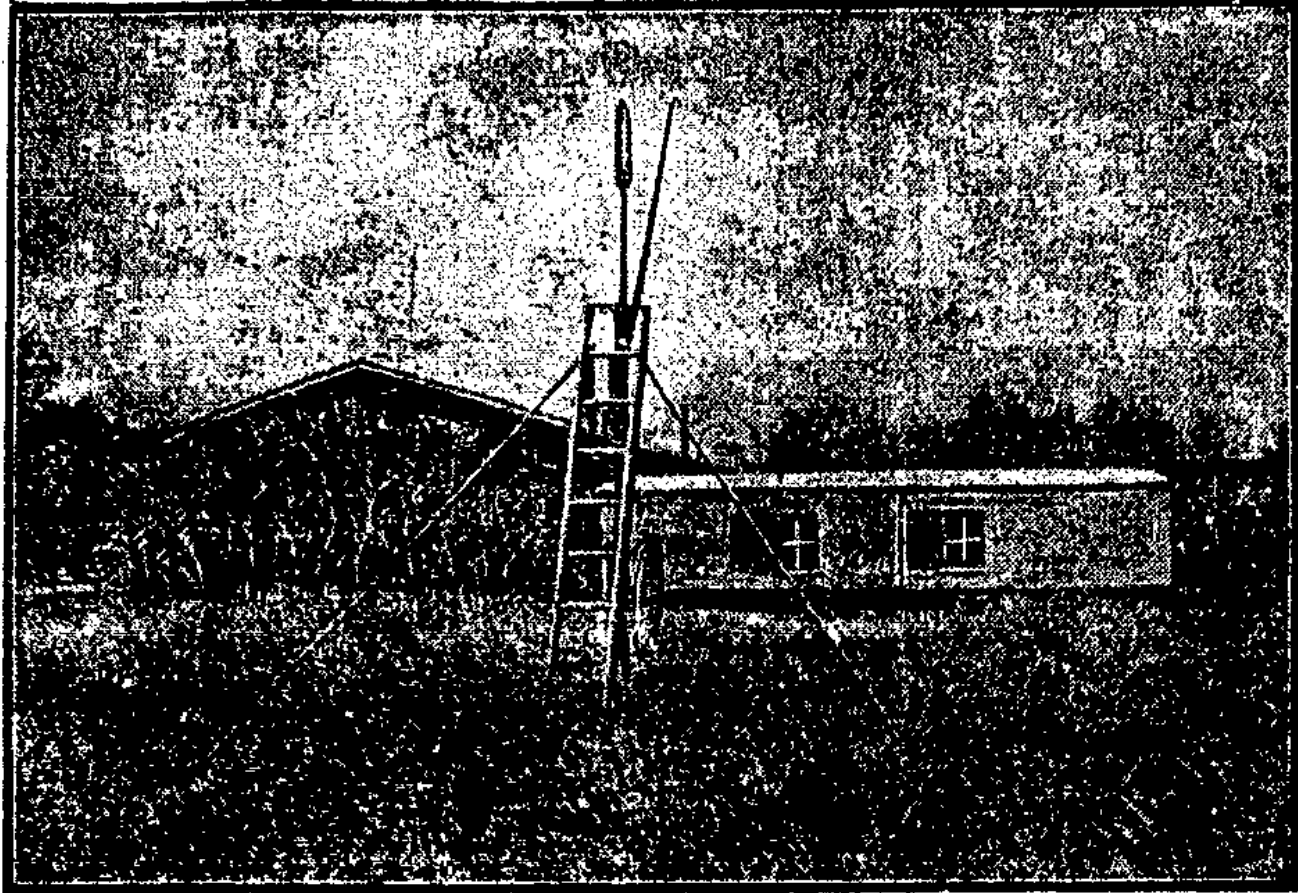
Immer neue Nordwaffen

Ultraviolette Strahlen als Todesstrahlen — Raketenflugübungen bei Berlin

Aus Amerika kommen erneut Meldungen über erfolgreiche Versuche mit sogenannten Todesstrahlen. Bei Experimenten mit ultravioletten Strahlen stellte sich heraus, daß von einer bestimmten Kürze aus die Strahlen tödlich wirken. Die ultravioletten Wellen messen etwa dreitausend- bis zweihundert bis herunter zu zweitausend Armstrong-Einheiten. Aber bei etwa zweitausendneuhundert Einheiten Wellenlänge beginnen die Strahlen tödlich zu wirken. Die ersten Erwartungen, daß sich die tödliche Wirkung nur auf Bakterien erstreckt, hat sich nicht bestätigt. Auch Pflanzen und alle Arten von kleineren Tieren, die man diesen Strahlen aussetzte, gingen innerhalb ganz kurzer Zeit ein.

Diese Entdeckung hat sofort die Heeresverwaltung auf den Plan gerufen. Die Forschungen werden jetzt mit staatlichen Mitteln fortgesetzt. Man ist dabei, festzustellen, inwieweit sich diese Entdeckung zur Schaffung einer neuen entsetzlichen Kriegswaffe ausnutzen läßt. Ueber die letzten Forschungsergebnisse wird jede Auskunft verweigert.

Diese neue Meldung über die Entdeckung klingt im Gegensatz zu den vor einigen Tagen verbreiteten Nachrichten über Stilllegung von Motoren durch Todesstrahlen absolut wahrhaftig ein.



nen Erfolgen gemacht werden, dort offen als Kriegsrüstung bezeichnet und auch aus Heeresmitteln finanziert werden.

Unser Bild zeigt den Raketenflugplatz in Reinkendorf (Berlin).

Der Verein für Raumfahrt hat in Berlin-Reinkendorf einen 4 Quadratkilometer großen Übungsplatz für Raketenflugversuche errichtet. Auf dem Platz sind die Gebäude zum Schutz gegen niedergehende Raketen und Explosionen betoniert. Es ist klar, daß im kapitalistischen Deutschland diese Versuche mit den Kriegsrüstungen gegen die Sowjetunion und nicht rein wissenschaftlicher Forschung dienen. In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, woher der Verein für Raumfahrt die Mittel für diesen Platz, seine Anlagen und die kostspieligen Experimente hat. Ist das auch einer der vielen dunklen Punkte des deutschen Reichswirtschafts?

Es ist jedenfalls bekannt, daß die großen Raketenexperimente, die in Amerika seit Jahren mit geheimgehaltenen

Noch 65 Säuglinge vom Tode bedroht

Untersuchung verläuft ergebnislos

Obwohl es um den Lübecker Kindermord seit einigen Wochen sehr still geworden ist, bedeutet das noch keineswegs, daß die Todesgefahr von den noch lebenden Säuglingen bereits abgewendet sei. Die Ärzte rechnen nach den neuesten Mitteilungen damit, daß in den nächsten Tagen noch sechs Kinder sterben

werden. Von weiteren 58 Säuglingen wird aller Voraussicht nach nur ein ganz kleiner Teil gerettet werden können.

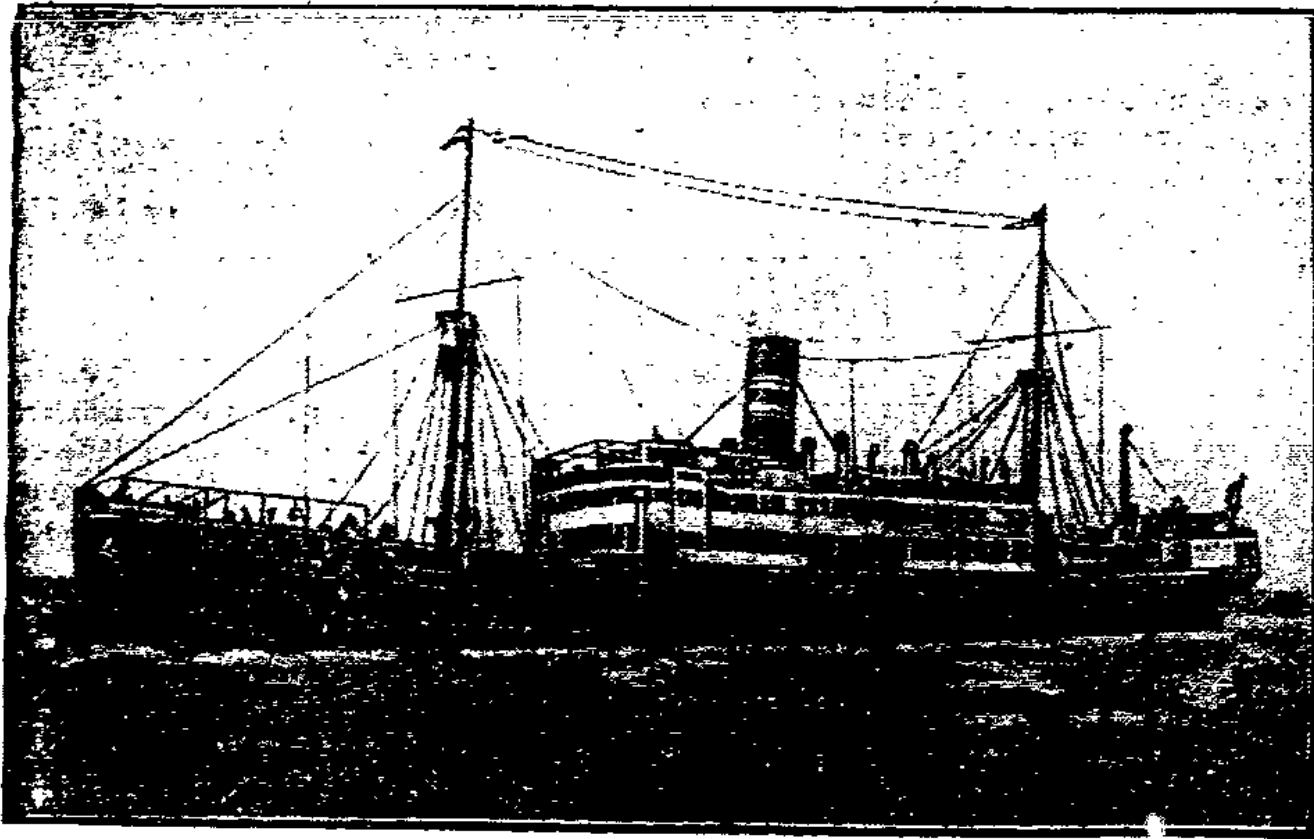
Das Gesundheitsdezernat des Lübecker Senats hat vor gestern Mitteilungen über den Stand der Untersuchungen gemacht. Es wurde darin mitgeteilt, daß die Untersuchung des Reichsgesundheitsamtes augenblicklich bei der Nachprüfung der Behauptungen des Bulgaren Petrov angelangt seien.

Wie man sich erinnert, hatte Petrov behauptet, daß die Calmette-Kuren manchmal ohne äußeren Anlaß ihre giftigen Formen zurückschlugen.

Dieser Behauptung Petrovs ist im Laufe der Lübecker Untersuchung von einer ganzen Reihe Wissenschaftlern entgegengetreten worden.

Es ist nicht klar zu ersehen, welchen Sinn diese nachträglichsten Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit des Calmette-Verfahrens haben sollen. Den einzigen wissenschaftlichen Anhaltspunkt hätte nur eine Untersuchung der Calmette-Präparate ergeben können, die aber „merkwürdigerweise“ weggelassen wurden.

Wichtiger als die Auseinandersetzungen des Lübecker Gesundheitsamtes mit dem Reichsgesundheitsamt über die Fährlichkeit der Untersuchung ist die Tatsache, daß fast 200 Säuglinge proletarischer Eltern dazu benutzt wurden, ein noch nicht erprobtes Verfahren auszuprobieren. Dies ist der einzige Umstand, der an dem Lübecker Kindermord für die Arbeiterschaft von Interesse ist.



Er durchdringt einen Fischdampfer

Der 6000-Tonnen-Dampfer der Woermann-Linie „Wahhe“, der bei der Ausfahrt nach den Kanarischen Inseln vor der Wesermündung in dichtem Nebel einen Wesermünder Fischdampfer überrannte. Von der zwölköpfigen Besatzung des Fischdampfers, der — glatt durchschnitten, sofort sank, konnten nur sechs Mann gerettet werden.

welle hatte außerdem zwei Mann seiner Besatzung gegen die Reeling geworfen, wobei die beiden Leute schwer verletzt wurden. Einem anderen englischen Dampfer, der den Verkehr zwischen Boulogne-sur-Mer und Folkestone versieht, wurde bei der Ueberfahrt über den Kanal die Kommandobrücke forgerissen. Acht Reisende wurden durch herumliegende Holzstücke mehr oder weniger schwer verletzt.

Neue Erdstöße in Italien

Rom, 4. November. Im Erdbebengebiet in den italienischen Marken haben sich in der vergangenen Nacht die Erdstöße wiederholt und große Verwüstung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Neue Schäden sind jedoch nicht zu verzeichnen. In Parma wurde ebenfalls ein leichter Erdstoß verspürt.

Kraftwagenunglück im mexikanischen Hochwassergebiet

Mexiko, 4. November. Ein Kraftwagen, der über den gegenwärtig für den führenden Fluß Michoala auf einer Jahre übergehenden Brücke fuhr, glitt in die Fluten und verschwand. Die beiden Insassen, darunter drei Kinder, ertranken.

Schwere Sturm- und Regenschäden auch in Frankreich

Paris, 3. November. Der schwere Sturm, der seit 24 Stunden über Paris und die nordfranzösischen Provinzen hinwegweht, hat am Sonntag in der französischen Hauptstadt einen Toten und einen Schwerverletzten gefordert. Ein elektrischer Leitungsast wurde vom Wind umgerissen und erschlug einen Arbeiter. Im Norden der Stadt stürzte eine acht Meter lange Mauer um und verletzte einen Arbeiter. In allen Teilen der Stadt ist die Feuerwehr im Augenblick noch eifrig damit beschäftigt eingestürzte Schornsteine, Mauern und Gerüste fortzuschaffen. Im Bois de Boulogne wurden Hunderte von Bäumen entwurzelt. Die ununterbrochenen Regenschläge haben zur Verstopfung zahlreicher Abflüsse geführt, wodurch verschiedentlich Überschwemmungen von Kellern hervorgerufen wurden.

Auch an der Küste hat der Sturm große Schäden angerichtet. In Boulogne-sur-Mer traf ein englischer Personenboot mit schweren Beschädigungen am Heck ein. Eine Sturm-

Wichtige Neuerscheinung

RATIONALISIERUNG UND WIRTSCHAFTSKRISE

Einige Kapitel über das Wesen, den bisherigen Verlauf und gegenwärtigen Stand der kapitalistischen Rationalisierung in Deutschland

Diese Broschüre ist die erste klare und knappe Uebersicht über die Rationalisierungsoffensive, ihre Ergebnisse für die Arbeiterschaft und die daraus abzuleitenden Perspektiven und Kampfaufgaben. Das Material ist bis zum Sommer d. Jahres berücksichtigt und so ist die Schrift von größter Aktualität

120 Seiten 50 Pfennig
INTERNATIONALER ARBEITER-VERLAG, BERLIN C 25

Die Mieter marschieren auf!

Drei überfüllte Versammlungen — Einmütiger Protest gegen die Mietensteigerung und die Forderung der Zwangswirtschaft — Die Organisierung der Zahlungsverweigerung beschlossen

Für den gestrigen Dienstag rief der Breslauer Mieterschutzverein zu einer Protestversammlung nach der „Bratislawia“ auf. Bereits um 7,30 Uhr war der Saal in der „Bratislawia“ überfüllt und polizeilich gesperrt. Es mußte eine Parallelversammlung im Saale des Gewerkschaftshauses und eine weitere im „Oberstrom“ auf der Uferstraße abgehalten werden. In der „Bratislawia“ hielt das Referat der Vorsitzende des Mieterschutzvereins Schmidt und im Gewerkschaftshaus Bedeman. Die Referenten behandelten das Wohnungsbauprogramm der Brüning-Regierung, die Forderung der Zwangswirtschaft, insbesondere die Freigabe der Hausmeisterwohnungen und die angeordnete Erhöhung der Grundvermögenssteuer für Breslau, die eine untragbare Mietensteigerung zur Folge hat. Als Auffassung des Vorstandes des Mieterschutzvereins wurden drei Entschlüsse vorgelegt und auch angenommen. Die wichtigsten Stellen dieser Entschlüsse lauten:

„Während die Reichsregierung vor der Wahl durch ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm hundert Millionen Mark für zusätzlichen Wohnungsneubau zur Verfügung gestellt hat, will sie nunmehr 400 Millionen Mark Hauszinssteuermittel dem Wohnungsneubau entziehen und dadurch die Wohnungserzeugung beschränken. Die Mieter erheben gegen die angeordneten weiteren Erhöhungen und die Absicht der Aufhebung der Mieterschutzgesetze schärfsten Widerspruch und erwarten von den Volksvertretern, daß sie die im Rotprogramm vorgesehene Regelung der Wohnungswirtschaft ablehnen und sich für die Forderung der Mieter nach einem sozialen Dauermietrecht einsetzen.“

„Die am 4. November 1930 versammelten organisierten Mieter Breslaus erheben Protest gegen die Forderungsverordnung des preussischen Volkswohlfahrtministers vom 10. September 1930, die sich mit den Hausmeister- und Pflanzernwohnungen befaßt. — ... Die Breslauer Mieter protestieren aber auch weiterhin gegen die Pläne der Regierung, in den nächsten Wochen weitere Forderungsmaßnahmen zu ergreifen und ab 1. Januar eine nicht unbeträchtliche Mietensteigerung vorzunehmen. ... Bisher sind fast alle Proteste und Mahnungen ungehört verhallt. Wir glauben aber darauf bestehen zu müssen, daß die Stimmung der Mieterschaft derartig erregt ist, daß weitere Bedrückungen nicht mehr willenlos hingenommen werden.“

„Eine derartige Maßnahme ist bei der heutigen wirtschaftlichen Notlage, in der sich vor allen Dingen die breite Masse der Mieterschaft befindet, gänzlich unverständlich. Die Mieter sind einfach nicht mehr in der Lage, derartige Erhöhungen zu zahlen. — Es wird deshalb gefordert, von dieser Erhöhung Abstand zu nehmen, da die Durchführung der Wünsche der Regierung einer Katastrophe gleichkommen würde.“

Die Stimmung der versammelten Mieter war eine durchaus kämpferische. Als Koch in der „Bratislawia“ vor der Eröffnung der Diskussion aufforderte, ihm geeignete Maßnahmen zur Verhinderung der Mietensteigerung zu nennen und als daraufhin der Zwischenruf „Streik!“ fiel, sollte die überfüllte Versammlung förmlichen Beifall.

Als Vertreter der Kommunistischen Partei sprach in der „Bratislawia“ unser Genosse Biewald und im Gewerkschaftshaus der Genosse Schulz. Ihre Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Die von ihnen eingereichten Entschlüsse wurden trotz allen Sträubens der Herren Koch und Schmidt, die die Ausschließlichkeit eines Mieterstreiks nachzuweisen suchten, angenommen. Insbesondere in der „Bratislawia“ haben mehrere Redner, die sich als politische Gegner der Kommunistischen Partei bezeichnen, sich mit der Entschliessung unseres Genossen vorbehaltlos einverstanden erklärt. Die in der „Bratislawia“ und im Gewerkschaftshaus angenommenen Entschlüsse lauten:

„Die in der „Bratislawia“ versammelten Mieter protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die von der Regierung diktierte Erhöhung der Grundvermögenssteuer auf 450 Prozent, da diese Erhöhung eine für die breitesten Schichten untragbare Mietensteigerung zur Folge hat. Die Versammelten fordern den Magistrat auf, das Diktat der Regierung nicht durchzuführen.“

Die Versammelten beschließen, den Kampf gegen die Mietensteigerung nach dem Beispiel der Breslauer Siedlungsleiter zu organisieren und fordern alle Breslauer Mieter auf, diesen Weg zu beschreiten, da keine Aussicht besteht, die Forderungen der Mieter auf parlamentarischem Wege durchzusetzen.“

„Die am 4. November im Gewerkschaftshaus versammelten Mieter protestieren mit aller Schärfe gegen die von der Brüning-Regierung diktierte Erhöhung der Grundvermögenssteuer.“

„Som Magistrat der Stadt Breslau fordern die Versammelten, daß er sich diesem Diktat widersetzt und es nicht durchführt. An die gesamte Mieterschaft Groß-Breslaus richtet die Versammlung den Appell, alle Vorbereitungen zu treffen, um durch geschlossenen Zahlungsverweigerung dieses Diktat zu Fall zu bringen.“

Drei überfüllte Versammlungen haben ihren Willen kundgetan. Die Stadtverordneten und der Magistrat werden bereits am Donnerstag Gelegenheit haben, sich zu den Entschlüssen zu äußern. Die Mieter dürfen jedoch durch irgend welche Versprechungen des Magistrats sich nicht verwirren lassen. Wollen sie die angeordnete Mietensteigerung und Nachzahlung vereiteln, wollen sie die weiteren Mietensteigerungen verhindern, so müssen sie, von den gestern gestellten Beschlüssen ausgehend, nunmehr in den einzelnen Stadtteilen, Straßenzügen und Häusern Zusammenkünfte und Versammlungen abhalten, Ausschüsse wählen und die Zahlungsverweigerung organisieren. Es muß gelingen, die Mehrzahl der 150 000 Wohnungsinhaber in Breslau für den Kampf zu mobilisieren. Das ist durchaus möglich, wenn die Mieter sofort mit allem Eifer an die Arbeit gehen, wenn sie es verstehen, die kämpfende Einheitsfront, ohne Rücksicht auf die parteipolitische und sonstige Zugehörigkeit des einzelnen, herzustellen unter der Losung:

Wir lassen uns unser Rotgeld nicht weiter schmälern! Wir verweigern die Zahlung der erhöhten Miete!

Jugendgenossen, geschlossen abmarschieren!

Zur Teilnahme an der Revolutionsfeier am Freitag im „Schießwerder“ treten die Genossen des Jugendverbandes um 19 Uhr am Neumarkt an. Geschlossener Abmarsch um 19,30 Uhr. Jugendgenossen, erscheint zahlreich!

Demonstration der Roten Hilfe Nord

Die Organisation der politischen Klassenkollaboration, die R. H. D., Stadtteil Nord, ruft für Mittwoch, den 5. November, 19 Uhr, Weissenburger Platz, zu einer Demonstration auf gegen den schändlichen Hungererregungsversuch und das System Sovering, für Stärkung der Klassenkollaboration. Alle revolutionären Organisationen des Stadtteils sowie Sympathisierende haben daran teilzunehmen.

Frauen im Süden!

Mittwoch 20 Uhr öffentliche Frauenversammlung in „Silesia“, Friedrichstraße 11. Erscheint zahlreich!

Selbstmorde. Am Montag, gegen 9,55 Uhr, hat sich der 56jährige Tapeziermeister K. auf dem Boden seines Grundstücks Katharinenstraße erhängt. — Am Dienstag, gegen 20,50 Uhr, wurde die Polizei nach einer Wohnung in der Verdammstraße gerufen. Dort hatten sich der 40jährige verheiratete Kellner Fritz S. aus Gleiwitz sowie die 26jährige unberechnete Klara G. aus Ratibor mit Gas vergiftet. S. hatte mit seiner Freundin bei einer ihm bekannten Familie Quartier genommen und diese Gelegenheit benutzt, gemeinsam mit der G. aus dem Leben zu scheiden.

Der hineingefallene Schwindler. Ein unbekannter Schwindler bestellte telefonisch in einem hiesigen Schuhgeschäft eine Auswahlforderung Herren- und Damenschuhe, die ihm nach seiner angeblichen Wohnung, Schwerinstraße 31, gebracht werden sollten. Der Schwindler

packte dann den Baten vor dem Hause ab, wo es ihm dann durch einen Trick gelang, das Paket mit den gesamten Schuhen in die Hände zu bekommen und zu verschwinden. Er ist aber nicht auf seine Rechnung gekommen, denn in der Auswahlforderung waren nur rechte Schuhe.

Note Hilfe Süd. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Funke, Jöhnerstraße 12 (nicht, wie irrtümlich bekanntgegeben, in der „Silesia“).

Alle erwerbslosen Partei- und Jugendgenossen kommen am Mittwoch um 17 Uhr in den „Roten Löwen“ zu einer Besprechung.

Kombinierte Mitgliederversammlung Nordost. Mittwoch 20 Uhr findet bei Hanke, Uferstraße („Oberstrom“), eine kombinierte Generalmitgliederversammlung statt. Sämtliche Genossen und Genossinnen der betreffenden Nebenorganisationen müssen zahlreich erscheinen. Wichtige Tagesordnung. Antritt um 19 Uhr bei Koberichke.

R. H. D. West. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung in der Lange Gasse 62, „Sambinuskäse“. — Jeder erwerbslose Jugendgenosse erscheint Donnerstag 15 Uhr im „Anglerheim“.

Brieg

Revolutionsfeier

Am Freitag, dem 7. November, „Revolutionsfeier“ um 20 Uhr im „Weinberg“. Es spielt die Spieltruppe des R. H. D. Brieg. Programme sind im Vorverkauf bei allen Mitgliedern der Partei zu haben. Eintrittspreise für Vollarbeiter 30 Pfennig, für Eisenbahnarbeiter 20 Pfennig. Wir rufen alle hiermit auf, sich daran zu beteiligen.

Oels

Revolutionsfeier am 8. November

19,30 Uhr, in Bahns Anlagen. Ansprache — Auftreten der Spieltruppe der Breslauer „Janal“ — Berkätige Frauen und Männer, erscheint alle!

Am Sonntag, dem 9. November, 10,30 Uhr, spricht der Reichstagsabgeordnete Kollege Schwale, in Bahns Anlagen in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung zu den Oelser Eisenbahnerkollegen. Wir erwarten, daß alle Kollegen erscheinen.

Der Strom der klassenbewußten Arbeiter

ergießt sich am 7. November 1930 in den „Schießwerder“saal zur Teilnahme an der

Revolutionsfeier!

Auch du mußt dabei sein!

Eintritt 20 und 40 Pfg. Vorverkauf: Verlag der „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50, Literaturstelle Oderstr. 23, bei allen Funktionären der Partei und der befreundeten Organisationen.

„Turfis“ im Gewerkschaftshaus

Uns wird geschrieben: Ungeföhrt wird dieser Film am kommenden Donnerstag und Freitag im Gewerkschaftshaus-Kino gezeigt. Mit Kunst wird Propaganda gemacht.

Die Sowjets wollen das Land industrialisieren. Wollen den jahrtausendlang primitiv dahingevegetierenden Bewohner der tiefen Landstrichen Zivilisation bringen. Wollen ihren Lebensstandard heben durch Zusammenarbeit, durch die Maschinen. Die Sowjets wissen, was ihnen im Wege steht: Faulheit, Aberglaube, Unwissenheit, Interesseloseigkeit. Sie propagieren mit dem Film Zivilisation, die in jedem Dorf zwischen dem Eismeer und Wladivostok gezeigt wird.

Der Inhalt des Films wird für den Bau einer Eisenbahn zwischen Turkestan und Sibirien. Turkestan, gelegen im glühenden Asien, bietet glänzende Möglichkeiten zur Baumwollkultur. Ganz Rußland blickt hier den Bedarf dehen. Es muß jedoch auch Getreide angebaut werden, damit das Volk nicht verhungert. Es ist zu wenig Wasser da. Das Getreide geht vor, darunter leidet die Baumwolle. Zwischen Turkestan und der Welt liegt die Wüste. Unendlich, mit riesigen Sandstürmen drohend, die in wenigen Minuten ganze Karawanen vernichten, die Baumwollernte eines Jahres in die Unendlichkeit wehen.

Könnte man aus dem 1500 Kilometer entfernten Sibirien etwas von dem Überfluß an Getreide und Holz nach Turkestan schicken, dann brauchte nur noch Baumwolle zu wachsen, für ganz Rußland. Bisher war dieser Austausch nicht möglich. Jetzt bauen die Sowjets aber Turfis, die Bahn, das Feuerrotz, das blühend auf den Schienen basinschaucht, und unendlich viel mehr trägt als das stärkste Kamel. Mit der Eisenbahn werden andere Menschen kommen mit anderen

Maschinen, Autos und Motorpflügen. Innerasien wird der Zivilisation gewonnen.

Die großen Gedanken des Films werden in einfachen Bildern auseinandergesetzt. So klar, so eindeutig, so zwingend, daß man schließlich als nüchternen Westeuropäer ganz begeistert von dem Bahnprojekt ist. Und wie wird der Bau gezeigt! Es steht aus, als ob alle Arbeiter mit letztem Fanatismus am Werke sind, als ob alles fliehet, das Werk einen Tag zeitiger fertig zu kriegen.

„Kampf dem Primitiven“ — so heißt ein Titel. Mit allen Mitteln westlicher Technik geht man an den Bau. Riesentränne schnappen Erdmassen, Berge wanden durch Dynamitpregungen, unaufhaltbar fröhlich sich die Schiene von beiden Seiten in die Steppe hinein. Durch Gebirge geht es und durch Kiesenströme. Unaufhaltbar. Turfis — Turfis!

Dieser Film ist das Hohelied des Fortschritts, der Maschinen, des menschlichen Geistes. Geht hin und überzeugt euch selbst... Der Fünfjahresplan hatte den Bau dieser großen Eisenbahnlinie zur Jahresfeier der russischen Revolution vorgezogen. Die Begeisterung und die Arbeitswilligkeit haben den Bau früher fertig werden lassen. Das Propagandawerk dieses Films ist heute Weltlich.

Im Beiprogramm wird eine Verfilmung des Romans von Leo Tolstoi „Anna Karenina“ gezeigt. Auch dieser Film ist beachtenswert. Auf der Bühne werden sich diesmal wieder die roten Kubere betätigen. Zwei kleine Epochen „Mensch, lies die Zeitung“ und „Gifgas über Berlin“ wird die rührige Truppe zu Gehör bringen. Wir können den Besuch dieses Wochenprogramms nur jedem empfehlen. Leider hat die Jugend nach den polizeilichen Vorschriften keinen Zutritt. — Die Preise des Empireplatzes sind so gehalten, daß diese in Anbetracht des Gebotenen außerordentlich niedrig sind. Wer zeitig kommt,

hat die Auswahl in den guten Mittelplätzen. Datum Donnerstag und Freitag ins Gewerkschaftshaus!

Palast-Theater und Weltbühne als Tonfilmtheater

Am Freitag, dem 7. November, werden auch diese Theaters des Capitol-Kongerns als Tonfilmtheater eröffnet. Durch den Einbau einer der besten deutschen Lichttonapparaturen wird die Filmbühne verwirklicht. — Als Eröffnungsfilm wurde im Palast-Theater gewählt der deutsche Epochenfilm „Barcarole“ (Brand in der Oper), der unter der Regie von Karl Froehlich mit einem Kostenaufwand von einer Million Mark hergestellt wurde. Hauptdarsteller sind Gustav Froehlich, Gustav Gründgens und Olga Engström. In großen Schangkräften wirken mit: Kammerfänger Werner Engels, Hendrik Appels, Irmgard Groß und Jovanna Rotowa (Staatsoper Berlin). Ferner wurden zur Mitwirkung herangezogen das Orchester der Berliner Städtischen Oper und als Chöre der Chor der Staatsoper Berlin und der Kinderchor des Berliner Domchor. — In der Weltbühne bildet den Tonfilmstart das Tonfilm-Duett „Zweimal Hochzeit“ mit Blane Pold und Karl Artur Roberts.

Städtisches Theater. Das November-Programm ist ganz auf die heitere Note gestimmt. Auch für den Besuch von Kindern ist das Programm, das an den Nachmittagsvorstellungen zu haben ist, ungeföhrt in Szene geht, besonders geeignet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Bräutigam (außer Oberstleuten): Ernst Bollweber, Berlin; für die Oberstleuten: Fritz Kunder, Hamburg. — Im Druck: Carl

C Empfehlenswerte Geschäfte in Niederschlesien

Görlitz
 Die bevorzugten **Rüdiger-Gaststätten** bieten jedem das Beste! **Albert Matzke, Fischmarkt 2/3**
 Berliner Straße 32 - Brüderstraße 1 1411 1001 Lederlager für Sattler und Schuhmacher

Görlitzer Bürgerbräu
 in Qualität unübertroffen!
Ihre Einkäufe Gut und billig nur im **KAUFHAUS STRAUSS**
 MODERNER KAUFSTADT A. G. GÖRLITZ 1410

Elektro-Montage-Gesellschaft m. b. H., Berliner Str. 26
 Preiswert: Radio, Beleuchtungskörper, Elektrische Anlagen 1028

Landeskron-Drogerie, Max Eckart, Landeskronstr. 20
 Lack- und Farbenfachmann 1828

Wäschehaus HERMANN JUNGE, Marienplatz Nr. 6
 gegenüber dem Dicken Turm
 Pettwäsche / Tischwäsche / Leibwäsche / Trikotagen / Wollwaren
 Kleider- und Wäschestoffe / Gardinen 1285

Landkron-Bier
 IMMER EIN GENUSS 1292

Die besten Bäckereisowie alle Kolonialwaren, Weine, Liköre, Zigarren u. Zigaretten, kaufen Sie in nur ersten Qualitäten preiswert und am vorzuziehendsten bei
Alfred Klingenberg
 Komm.-Ges. Berliner Str., Ecke Hospitalstr. Elisabethstraße, Ecke Klosterstr. **6 Prozent im Marken** 12-7

Theodor Wagner, Drogenhandlung
 1924 Weberstraße, Ecke Beckerstraße

Eduard Bischoff, Elisabethstraße 14/15
 1928 Uhren, Gold- u. Silberwaren - Reparaturwerkstatt

Elisabeth-Drogerie L. Heinemann
 1831 Elisabethstraße 1a, neben Knolle

Max Benhin, Görlitz, Jakobstr. 33
 Bandagen
 Leibbinden / Gummistümpfe / Fußbinden
 Lieferant aller Krankenkassen und Genossenschaften 1408

Bruno Schulze, Untermarkt 3
 1404 Wäsche, Weiß- u. Wollwaren / Herren-Artikel

Rolenthal & Groß
 Ausschank:
 Berliner Straße Nr. 15 (Felix Printzer)
 Peterstraße Nr. 4
 Großdestillation und Weinhandlung

Fritz Lange
 Robfleischerei
 Nonnenstraße Nr. 5
 1408

Damen-Frisier-Salon K. GRIEGER
 Brüderstraße 16 1514

SAMEREIEN
 Alfred Frenzel Nachfl.
 Elisabethstraße 17 1517

Kommen Sie in die **Reichs-Apotheke, Moltkestraße 9**
 Sie sparen viel Geld bei Ihren Einkäufen
 Versch. aller Krankenkassen erhalten weitgehendstes Entgegenkommen!
 1678

Spezial-Betten-Industriegeschäft
B. SCHOLZ, Kriechelstr. 8
 Ruf 3331
 Moderne Bettenreinigung 1518

E. Buder
 Kolonialwaren
 Lebensmittel
 Rothberger Str. 11 1926

Hüte, Mützen, Pelze
 preiswert, reell
Felix Hensel
 Große Kirchstraße 16
 1771

Butter, Eier, Käse
Herrlich Scholz
 Hospitalstraße 4 2094

A. HAUSCH, Löbauer Str. 23
 Lebensmittel 1521

Spezial-Bettengeschäft
ANNA SCHLECHT
 Brüderstraße 3
 Gegr. 1874 Gegr. 1874 1525

DORNS BÄCKEREI
 Salomonstraße 27
 Schützenstraße 17 1524

Preiswerte Backwaren
 aus der
Bäckerei Teuber
 Weberstraße 1412

preiswert und gut
Möbel Möbelhaus G. Popig
 Ruf 1829 Mittelstr. 8a 1620

Eduard Temlet
 Sanitäts-Gummil-
 waren-Geschäft
 gegr. 1803
 Damenbedienung
 Brüderstraße 6 2098

O. SIERAS
 Nikolaistr. 11
 Prager Str. 3
 Molkerei-Produkte
 Lebensmittel 1281

L. Klimm
 Bautzener Str. 41
 Lebensmittel 1518

E. Stöcker
 Bautzener Str. 10
 Fleisch-
 und Wurstwaren 1511

Spezialgeschäft für
 Fisch- und
 Räucherwaren
P. STACHE
 Landeskronstraße 15
 1829

Max Endemann
 Landeskronstr. 23
 Fleisch
 und Wurstwaren 1767

Fr. Kujau
 Görlitz
 Konsulstraße 35
 Fleisch-
 u. Wurstwaren 1879

RESERVIERT 1415

P. HERZMANN
 Weiß-, Brot- und Feinbäckerei
 Bautzener Straße 51 1511

Rechtsanwalt
GUSTAV LANGE
 Schwerstraße 1 1402

FELSENKELLER
 1405
 Verkaufsbüro der Arbeiterschaft

Lebensmittelhaus
Gebr. Steiner
 1248

Sanitäts- und Bandagengeschäft
J. ERHARDT
 Hospitalstraße 43 1414
 Lieferant sämtlicher Berufs- und Krankenkassen

Reserviert

DESTILLATION / WEINHANDLUNG
F. USEMANN
 10 Weberstraße 10 1289

**Tollschilling (Konditor, Herrscher u. Kinder-
 Konfektion)**
OPITZ & ICKOWICZ
 Jakobstraße, Ecke Bahnhofsstr. 2076

Auf Teilschulden / Garderobe für Herren
 und Damen / Möbel und Pulswaren
I. BRUCK, Hospitalstraße 3, part.
 2097

Café SENFTLEREN, Sohrstr. 9
 Konditorei
 Bäckerei 1690

Reserviert

G. HENSEL
 Görlitz, Apothekenweg 5
 Rechtschreiberei 1497

ERNST SEIDEL, Demianiplatz 19/20
 Fahrräder - Nähmaschinen - Große
 Auswahl - Reparaturwerkstatt 1622

LOWEN DROGERIE
 Herba, Lange
 Weberstraße 12, Ecke Elisabethstraße 1926

DROGEN - PARFÜMERIEN
 Apotheker Felix Neuberger
 Mittelstraße 7 1977

RESERVIERT 1922

Landkronen-Brauerei - Ausschank
 Inh.: F. Nopper 1923

WASCHE-FRENZEL
 Schulstraße 7 (an der Berliner Straße) 1926

Lebensmittelhaus GRUBER
 Bautzener Straße 57 1928

Willst du dich gut und billig nähren,
 Mußt du fleißig Milch verzehren!
 Görlitzer Molkerei / Molkerei Sohrneundorf / Molkerei Schlauroth
 Molkerei Schönau A.-G. / Molkerei Weißbach 1-15

Grünberg
K. HERRMANN
 Leinen- und Baumwollwaren
 Bettfedern, Bettfedernreinigung
 Berliner Straße 57 1406

MÖBEL
 kauft ihr preiswert bei
OTTO SCHULZ, Burgstr. 17
 1407

PAUL GÖTZE Tel. 88
 Weine, Spirituosen, Tabakwaren
 Wein- und Bierstuben 1470

R. PHILIPP
 Wäsche u. Trikotagen, Helmmarktstr. 26
 1471

F. GRAU
 Damen-Konfektion
 Aussteuer-Waren
 Kleiderstoffe preiswert und gut
 1473

AD. WUNDERLICH
 Schinken aller Art / Ham-
 Kisching / Gänsebraten
 RING 26 1407

WILHELM MÜHLE
 Mehlerei
 Getreide und Konditorei
 Breite Straße 49
 1602

Brot- u. Feinbäckerei
Gustav Helbig
 Breslauer Straße 18 c
 1508

Fritz Baumgart
 Mehlerei-Produkte
 Berliner Straße 1
 Telefon 737
 1507

Herbert Schellberg
 Kolonialwaren
 Lebensmittel
 Breslauer Str. 10 c
 1500

Reinhard Jaekel
 Kolonialwaren
 Lebensmittel
 Breslauer Str. 25 d
 1509

Wurst- und Fleischwaren
Frühkollwitz
Wilhelm Heptner
 Niederstraße 10-11
 1400

**Lebensmittel-
 Geschäft**
E. Nitsche
 Breite Straße 14
 1506

August Litzke
 Beste Bezugsquelle
 in Trauben-
 und Sektweinen
 Spirituosen aller Art
 Ruf 407
 Versand nach allen Orten
 1504

Lederhandlung
Otto Pockrandt
 Helmmarktstraße 12
 Schöne frische
 Leder-Ausschnitt
 Schuhmacher-Artikel
 1509

Biochemie
 Diätetik
Richard Mattern
 Lessener Str. 48
 1474

Kolonialwaren
 Spirituosen
 Tabakwaren
Joseph Adarff
 Pestliner Str. 83
 1470

Feinbäckerei
 empfiehlt
Reinhard Nollinski
 Holzmarktstr. 20
 1501

Arbeitskleidung
 Jacken, Hosen, Mäntel
Georg Müller
 Fleischerstraße Nr. 1
 1509

**Grünberger Spedition-
 gesellschaft m. b. H.**
 Spedition / Möbeltransport / Kohlen
 1906

**„Rechtschreibende Transkription, sowie
 in Flaschen, zu bekannt billigen Preisen“**
ALBERT PIRKE
 Obstweinkeller und Weinhandlung
 Burgstraße 5 / Versand nach allen Orten
 1970

W. ZILLMER
 Pose Nachf., Niederstraße 22
 schneid., färb.,
 wäscht, plüschet alles
 1922

GUSTAV STAUB
 Beste Bezugsquelle
 für
 Woll-, Weiß- und Manufakturwaren
 Berufskleidung 1922

AUG. CORNTH, Breite Straße 1
 seit 80 Jahren bekannt als weill
 und billig 1926

Fraustadt
GEORG APT
 Fruchtsaftpresserei, Likörfabrik
 Wein- und Zigarrenhandlung
 FRAUSTADT / MARKT 17
 Telefon 66 1920

Preiswert und gut
 kauft ihr
 Möbel, Teppiche
 Kleiderwagen bei
Max Spingarn
 Zweiteimerstr. 3
 1419

RESERVIERT

S. FRANKENSTEIN & CO.
 Wollwaren, Wäsche
 Tricotagen, Herrenartikel 1924

Emil Berndt's Ww.
 Hute, Hüte / Damenschuhe und -artikel
 1925

P. GNEUSS & Lebensmittel
 Andromedastraße 7 1403

Inserate in unserer Zeitung haben guten Erfolg!

„Wir leben hier besser als im kapitalistischen Deutschland“

Erklärung deutscher Bergarbeiter, die in der Sowjetunion arbeiten

Am 20. Oktober fand eine allgemeine Versammlung der auf dem Schacht Rylow (Sowjetunion) beschäftigten deutschen Bergarbeiter statt. Einstimmig nahmen die Versammelten folgende Resolution an:

„Die Versammlung der deutschen Bergarbeiter auf dem Schacht „Rylow“ hat das Referat über „Erfolge und Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus unserer Wirtschaft“ entgegengenommen.

Die deutschen Arbeiter erklären die Generallinie der KPdSU zum sozialistischen Aufbau unserer Wirtschaft, vor allem die Entwicklung der Schwerindustrie und den sozialistischen Umbau unserer rückständigen Landwirtschaft durch weitere Kollektivierung mit beschleunigtem Tempo fortzusetzen, für richtig.

In ihrer täglichen Arbeit, mit ihren eigenen Augen sehen sie, wie die russische Arbeiterklasse unter Führung der KPdSU mit Erfolg den sozialistischen Aufbau durchführt. Die deutschen Arbeiter sehen die Schwierigkeiten dieses Aufbaus und verstehen sie nicht. Sie sehen aber auch, mit welcher revolutionären Enthusiasmus die russische Arbeiterklasse ihre Aufgabe durchführt. Sie sind der festen Überzeugung, daß der eisernen Wille der russischen Arbeiter durch die zu überwindenden Schwierigkeiten in der Produktion und im Leben nicht zu brechen ist und der Fünfjahresplan nicht nur in 4 Jahren durchgeführt, sondern überschritten sein wird.

Was die Lage der nach der Sowjetunion gekommenen ausländischen Arbeiter betrifft, so erklären die Versammelten: Sie ist gesichert. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung ist organisiert, und die russischen Arbeiter treffen alle Maßnahmen, etwaige Mängel zu beseitigen. Wir leben besser und gesünder als im kapitalistischen Deutschland, wo wir den Unternehmerrängeln ausgesetzt sind und gegen verstärkte Ausbeutung durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung zu kämpfen gezwungen waren. Die Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiter in der Sowjetunion dagegen sind nicht nur gesichert, sondern werden mit dem fortschreitenden sozialistischen Aufbau noch ausgebaut und verbessert. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit existiert nicht.

Wir weisen deshalb alle Lügen und Verleumdungen der Bourgeoisie und Sozialverräter über die Sowjetunion, über die Lage der Arbeiterklasse, und besonders der deutschen Arbeiter, mit Entrüstung zurück.

Wir verachten die Defektoren, die unsere Reihen verlassen und in das kapitalistische Joch nach Deutschland zurückkehrten. Sie sind Feinde der Arbeiterklasse und Feinde des sozialistischen Aufbaus. Wir stehen sie deshalb aus den Reihen bewußter Klassenkämpfer aus und erklären sie als unsere Klassenfeinde.

Wir deutschen Arbeiter geloben, uns aktiv für die Generallinie der KPdSU einzusetzen und mit allen unseren Kräften am sozialistischen Aufbau mitzuwirken.

Wir erklären uns bereit, Stoßbrigaden zu organisieren, und wollen unseren russischen Brüdern durch Übertragung unserer Erfahrungen, durch Übertragung moderner Technik und besserer Arbeitsmethoden auf unseren Schacht beweisen, daß wir gewillt sind, sie in ihrem Kampf um die Durchführung des Fünfjahresplans mit aller unserer Kraft zu unterstützen.“

Die ersten Erlasse — neue Belastung der Werktätigen

Rio de Janeiro, 4. November. Der neue Präsident von Brasilien, Vargas, der sich den Titel „Vorläufiger Regierungschef“ zugelegt hat, hat den brasilianischen Kongress aufgelöst. Ferner verlangt er von den verelendeten und verschuldeten Arbeitern und Farmern je eine Tageseinnahme zur „Abtragung der ausländischen Schulden“. Gleichzeitig soll das Justizwesen grundlegend geändert werden.



(Copyright des Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

31. Fortsetzung

Zermac erklärte ihnen, was er im Ort erfahren hatte, und ließ sie an ihre Posten gehen. Sie folgten gehorlich. Sie unterordneten sich gern dem starken, unverwundlichen Kumpel. Dann trachten die Schüsse. „Mad-tad-tad-tad“ erwiderten sofort die Maschinengewehre der Grünen. Es war gegen sechs Uhr. Ein eisiger Märzwind strich über die Acker. Er fraß sich durch die dünnen Jachen der Arbeiter. Sie schlugen die Arme um den Leib und fluchten.

„Jetzt bläst es man wieder!“ murkte einer und schlug mit den Zähnen aufeinander. „Wenn wir hier bett morgen liegen sollen, dann sind wir Eispudding!“

„Es wird schon anders, Genossen!“ ermunterte Zermac, der selbst mit den Zähnen trommelte. Zum Unglück begann ein feiner Regen. „Auch das noch!“ knurrte jemand neben ihm.

Da ging es im Orte los. Der Husar hatte sich mit einem Stoßtrupp bis an Bauer Horn, von da aus nach dem oberen Teil der Essener Straße hingearbeitet, und sie trieben die Grünen von Haus zu Haus zurück. Auch der der Röhre-Fabrik her kamen Stoßtrupps. Ein Grüns blieb im Laufes plötzlich stehen und feuerte kein Gewehr an die ihn verfolgenden Arbeiter ab. Der Husar schlug auf das Straßenpflaster hin. Die anderen Arbeiter sprangen über ihn hinweg und kürzten den fliehenden Grünen nach. Der Rest der Abteilung, die auf dem Sportplatz umherlag, verteilte seine Deckung und rannte

Arbeiter, verteidigt die Oktoberrevolution

Cappo will Krieg gegen die Sowjetunion

Finnische Abenteuerpolitik im Auftrag imperialistischer Großmächte

Helsingfors, 4. November. Die Führer der faschistischen Lappo-Bewegung haben beschlossen, eine große Lappo-Tagung abzuhalten, auf der sie die weiteren Maßnahmen im Kampf gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion beraten werden.

Eine Aenderung der Methoden der Lappo-Banden macht sich notwendig, seitdem nach der mißglückten Entführung des ehemaligen liberalen Präsidenten Stahlberg die Meinung der gesamten Öffentlichkeit sich gegen Lappo gerichtet hatte und die finnische Bourgeoisie mit ihren Hintermännern über die weitere Entwicklung des Faschismus sich besorgt zeigen.

Eine Äußerung des Lappo-Führers Kosola in seinem Blatt „Aktivist“ über die Entführung Stahlbergs: „In der Geschichte wird man sich einmal dieser Tat mit Dankbarkeit erinnern“, bestätigt unsere Auffassung, daß der verhaftete bisherige Generalkommandant der finnischen Armee, Valentius, durch die Verschleppung des ehemaligen Präsidenten Finnlands über die Sowjetgrenze dem Krieg gegen die Sowjetunion und der Diktatur der Lappo-Bewegung den Weg bahnen wollte. Aus den Reden der finnischen Blätter geht hervor, daß der plötzliche Zusammenbruch dieser Angelegenheit große Bestürzung und Wut in den Kreisen der Hochfinanz hervorrief. Der Inhalt der Zeitungen läßt erraten, daß die Vorbereitung des Anschlags auf die Sowjetunion in enger Fühlungnahme mit Polen, vielleicht sogar unter seiner Leitung stattfand. In den eingeweihten Kreisen zirkulieren Gerüchte, daß der Anschlag vom französischen Generalkab finanziert wurde.

Der Anschlag Finnlands auf die Sowjetunion sollte unter Führung und mit der umfangreichen finanziellen Unterstützung Frankreichs ein Bestandteil der in Frankreich gebildeten Antisowjetfront ausmachen. Eine Zeitung weiß darauf hin, daß Polen unter der Führung Wilsudis die Bahn des internationalen Abenteuerertums betreten hätte. Ein Blatt schreibt: „Ein Teil der finnischen Offiziere orientiert sich auf Polen. Valentius unternahm als Generalkommandant Reisen nach Polen und den angrenzenden Ländern, wobei er Schritte unternahm, die die Interessen Finnlands verletzen.“ Das Blatt „Savon Sanomat“ konstatiert, „das Land wäre durch die Wählerzellen des Generalkommandants der Gefahr einer Wiederaufrichtung der Schwarzhundert-Diktatur ausgesetzt.“ In der letzten Zeit wurde Finnland unter dem Vorwand der Bekämpfung des Kommunismus terrorisiert um den Boden für die faschistische Diktatur vorzubereiten.“

Der Putschmajor kehrt zurück

Wien, 4. November. Amtlich wird mitgeteilt: Innenminister Fürst Starhemberg hat die Ausweisung des Majors Pabst aufgehoben, zumal die gegen ihn erhaltene Strafanzelge vom Staatsanwalt zurückgelegt worden ist.

Putschmajor Pabst hat an Starhemberg eine Erklärung gesandt, in der er „mit Dank und Befriedigung die Aufhebung der Ausweisung zur Kenntnis nimmt“.

Tapferer Freiheitskampf gegen vielfache Uebermacht

Osaka, 4. November. Die Lage auf Formosa wird als sehr ernst bezeichnet. Nach den hier eingetroffenen Meldungen ist es den japanischen Truppen trotz großer Anstrengungen nicht gelungen, die Eingeborenen zurückzuschlagen. Die Japaner, die Flugzeuge, Bomben, Handgranaten und alle Mittel des modernen Krieges verwenden, haben bisher gegen die an die Kämpfe im Gebirgsgebiet gewohnten Australischen nicht viel ausrichten können. Man schätzt, daß nur etwa 700 Eingeborene gegen Tausende japanischer Soldaten im Kampf stehen.

Wiener Arbeiter im wehrhaften Kampf gegen Faschistenterror

Wien, 3. November. An dem geistigen Aufmarsch der Heimwehren in Wien nahmen 5000 uniformierte Faschisten teil, deren Front vom Minister Starhemberg und Bundeskanzler Baulg abgegrenzt wurde. Als Ehrengäste waren Außenminister Seipel und Minister Heini erschienen.

Auch die österreichischen Nationalsozialisten veranstalteten eine große Werbefahrt, an der 50 Lastautos und 10 Personenautos teilnahmen.

Während die Faschisten in den Bourgeoisvierteln mit großer Begeisterung empfangen wurden und sogar mit Blumensträußen beworfen wurden, stehen sie in den Arbeitervierteln überall auf Widerstand. So kam es in Favoriten zu mehreren heftigen Zusammenstößen, da die Arbeiter Miene machten, die Lastautos der Nationalsozialisten zu stürmen.

Die Polizei ging überall zum Schutze der Falckenkreuzer mit der größten Brutalität gegen die Arbeiter vor.

Auch in den Bezirken Margareten und Döbling kam es zu Zusammenstößen, wobei von den Faschisten Blumensträuße und andere Gegenstände auf die Lastautos der Nationalsozialisten geschleudert wurden. Infolge dieser Vorkommnisse hatten die Nationalsozialisten Furcht, mit den Häuten der Ar-

beiter der Bezirke Bekanntschaft zu machen und brachen ihre Werbefahrt ab, ohne die anderen vorgesehenen Bezirke besuchen zu haben.

Genosse Sulimow Vorsitzender des Rates der Volkskommissare

Moskau, 4. November. Das Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU hat Genossen Sprjow von den Amtspflichten des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare entbunden und an seiner Stelle Genossen Sulimow, den bisherigen stellvertretenden Verkehrsminister, ernannt.

Genosse Sulimow ist im Jahre 1890 im Ural als Sohn eines Arbeiters geboren. Bereits im Alter von 13 Jahren arbeitete er in einer Fabrik. Seit dem Jahre 1905 beteiligte er sich in den Reihen der Volkswacht an der revolutionären Arbeiterbewegung. In den Jahren 1912—14 organisierte er zwei große Streiks in Betrieben des Ural. Die Jarenregierung ließ Genossen Sulimow wiederholt verhaften und nach Sibirien verbannen. Nach dem Oktoberumsturz bekleidete Genosse Sulimow eine Reihe leitender Posten in der Wirtschaft und Verwaltung des Uralgebiets. Im Jahre 1919 war er Leiter der Politabteilung der 5. Roten Armee. Nach Beendigung des Bürgerkrieges arbeitete er im Uralgebiet als Sekretär des Parteikomitees des Uralgebiets. Er wurde dann zum Mitglied des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrates ernannt. Seit dem Jahre 1927 war er stellvertretender Verkehrsminister. Genosse Sulimow ist Mitglied des ZK der KPdSU und des Zentralkomitees der Sowjetunion.

Schädlinge dingfest

Moskau, 3. November. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, die vereinigten politische Staatsverwaltung habe zwei Schädlingsorganisationen für die Arbeiterbelieferung aufgedeckt, eine besteht aus 24 Personen, die andere aus 20. Der Prozeß wird in Moskau stattfinden.

auf die Straße. Die Grünen wurden von ihren Kollegen mitgerissen. „Krach! Wumm!“ flogen die Handgranaten hinterher. Die Grünen entledigten sich ihrer Gewehre, warfen alles Hindernde von sich und flüchteten den Essener Berg, die breite Straße nach dem Viehhof, hinauf, verfolgt von den Geschossen der Arbeiter.

Auch um die Villa Roubing tobte ein harter Kampf. Die Eingeschlossenen verteidigten sich ganz verzweifelt. tote und Verwundete lagen um die Villa. Man schleppte sie fort und stürmte von neuem. Die Grünen ergaben sich nicht.

„Wir müssen die ganze Burde in die Luft sprengen!“ beschloßen die Kumpels. Sie schlichen sich noch dichter um das Haus und schossen wie wütend. Die vom Bahndamm suchten den Acker ab. Kentel voran, der gesehen hatte, wie der eine der drei Arbeiter gefallen war. Sie fanden ihn. Er lag, die blauen Hände in die Schollen verkrallt, den Mund voll Erde. Es war ein Fremder, der von irgendwo mit hergekommen war. Die Brust war durch einen Schuß, der ihn in den Rücken traf, aufgerissen. Sie hoben ihn, stumm geworden, auf und trugen ihn zum Bahndamm hinüber, wo schon ein anderer Toter lag. Die Kumpels legten ihn neben den ersten Kameraden. Dann hüllten sie sich in ihre Mäntel, vertrocknet in die Vertiefungen des Bahndammes und warteten.

19.

Raup war mit seinen Leuten von der Feldstraße her nachgekommen. Sie lagen nun um den Bahnhof herum, in den letzten Häusern der Essener Straße. Born, bis an den Bahnübergang, der die Grenze zwischen Stoppenberg und Essen bildet, wurde ein harter Trupp mit einem Maschinengewehr postiert. Vom Viehhof her flammten Schüsse. Dort hämmerten auch Maschinengewehre. Da der der Viehhof auf jeden Fall sehr stark besetzt und verschanzt war, wartete man im Ort mit dem letzten Angriff, bis die gemeldete Verstärkung eingetroffen war.

Fritz Raup nahm sich nun Zeit und suchte Jupp Zermac. In seiner Begleitung befand sich August Bramm. Als sie vor der Kaserne 35 standen, ärgerte Raup und sah bekommen zu Kreuzfah Fenster hinaus.

„Sag uns mal nach Martin hinausgehen!“ entschloß er sich. Sie kramten die dunkle Treppe hinauf. Frau Kreuzfah empfing sie mit selbstlosem Blick. Sie hoch am Fenster und

starrte hinaus. Es war gefährlich, am Fenster zu sitzen, und Martin schimpfte mit ihr herum. Sie ließ es sich aber nicht anreden und blieb sitzen, trotzdem die Kugeln oft knapp genug neben dem Fenster in die Mauer einschlugen. Martin sah brummig am Herd und hocherte mit dem Feuerstein in der Blut.

„n abend“, sagte Raup und zwinkerte nach der Frau hin.

„Wo ist Franz?“ Sie war unverwundlich.

Raup schluckte: „Wir wissen's noch nicht! Vielleicht morgen!“

„Morgen!!!“ höhnte sie.

„Ja — morgen, dann sind wir wohl in Essen drin!“

Bramm war die Unterhaltung peinlich. Er sah sofort: hier war die närrische Mutter, die an nichts anderes dachte, als nur an ihr Kind. Wenn sie ihr den Jungen gebracht hätten, sie hätte ihnen die Hände geküßt. So aber verbarg sie die Angst um der Sehenden hinter dem Haß.

„Wir können nicht anders, Frau Kreuzfah!“ versuchte nur Bramm.

Sie warf ihm einen erschrockenen Blick zu: „Nicht —? Ich soll Ruhe halten!“

„Wir sind die verfluchte Ruhe, die uns zum Vieh herabwürdigt, jatt!“ grölte Raup.

Sie sah ihn verständnislos an. „Ihr sollt lieber Frieden halten! Was habt ihr davon? Die Menschen werden nur abgeschlachtet! Wer weiß, was mit den Jungen los ist!“

Martin winkte vom Herd her, daß sie schweigen sollten. Sie sahen selbst ein, daß hier alles Neben zwecklos war. Nach einer kurzen Unterhaltung mit Martin verließen sie die Kaserne.

Raup atmete draußen befreit auf: „Mensch, das Herumknallen hat mir nicht so zugeeßt wie die Alte!“

„Damit müssen wir auch rechnen“, erwiderte Bramm, „das sind Schlader! Es dauert lange, bis die fort sind!“

Raup fragte ein paar Kumpels nach Zermac, „Am Bahndamm muß der liegen“, sagten die.

Raup und Bramm gingen querfeldein über die gefrorenen Schollen. „Halt — wer da!“ rief ihnen ein Feind entgegen, der hinter Strauchwerk stand. Raup nannte seinen Namen. Der Arbeiter trat mißtrauisch näher, das Gewehr vorgekramt und sah sich die Beiden an. „Zermac sucht ihr? Der liegt an der Bahnüberführung!“

Waldenburger Bergland

Nieder-Salzbrunn schafft einen Kampfbund gegen Faschismus

A. N. Dem Aufsteig der kommunistischen Partei, sich zur Wehre zu machen gegen die immer frecher werdenden Faschisten war die Arbeiterklasse gefolgt, und der „Anker“-Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, auch ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter war anwesend. Genosse Sellig, Waldenburg, zeigte in seinem Referat die Taten jener Mordgesellen auf, angefangen von den letzten Ereignissen im Reichstag und im Reich, darüber hinaus in allen übrigen Ländern, wo der Faschismus herrscht. Er schilderte die Notwendigkeit einer Gegenorganisation, um zu verhindern, daß revolutionäre Arbeiter von diesen Banditen und Mordgesellen niedergeschlagen und abgeschlachtet werden. Der langanhaltende Beifall zeigte davon, daß Genosse Sellig den rechten Weg gewiesen hat. Die Kampfbundentscheidung der Versammlung war eine äußerst gute. Die darauf einwirkende Pause wurde benötigt, um Ausnahmen für den Kampfbund zu tätigen. Es wurden über 80 Ausnahmen gemacht. Von Genossen Großer wurden dann die Vorgesänge und der feige Überfall dieser Nazistrolche in Nieder-Salzbrunn geklärt, um keine falsche Auffassung aufkommen zu lassen, da hier wie bei jeder Gelegenheit die „Dreiwacht“ unseren Genossen etwas anhängen wollte.

In der kommenden Woche findet eine Zusammenziehung der ausgenommenen Mitglieder statt, um die ersten Schritte zu unternehmen. Also, Arbeiter, so werden wir diesem Wälden entgegenzutreten und auch Herr der Lage werden.

Achtung, Invaliden und Witwen der Judys- und Davidgrube

So wie in den Vorjahren, wird auch dieses Jahr aus den Mitteln der Arbeiterunterstützungsstelle vorstehend genannter Gruben Beihilfen in beschränktem Maße an Witwen früherer Betriebsangehöriger sowie Invaliden, die bis zu ihrer Invalidisierung auf obigen Werken in Arbeit gestanden haben, zur Auszahlung kommen. Abgesehen von Ausnahmefällen können Beihilfen nur an Personen mit einem monatlichen Einkommen unter 75 Mark (Ehepaare) bzw. unter 45 Mark (alleinstehende Witwen und Invaliden) gewährt werden. Der Zeitpunkt der Auszahlung wird später bekanntgemacht werden. Für Segen-Gottes-Grube wird die Liste zur Anmeldung im Betriebsratzimmer ausliegen.

Die übrigen Antragsteller müssen sich im Verrechnungsbüro, Zimmer 57, in der Verwaltung in Hermsdorf melden. — Der Betriebsrat.

Liebigau ist um seine Wohlfahrtsunterstützungsempfänger „besorgt“

A. R. In der Gemeinde Liebigau ist ein Kriegsinvalide namens Dorn, der vom Wohlfahrtsamt Unterstützung bezieht. Da ihn die Gemeinde als Unterstützungsempfänger gern los sein möchte, bemüht sie sich, ihn bei irgendeiner Grube unterzubringen. Als er sich bei einigen Leuten vorstellte, wurde ihm bei seinem Eintreffen die Antwort gegeben, es hat keine Arbeit. Der abermaligen Bemühung der Gemeinde gelang es jedoch, ihn schließlich im Tiefbauamt unterzubringen. Bei der ärztlichen Untersuchung erklärte man ihn für arbeitsfähig. Als jedoch der Invalide drei Schichten gearbeitet hatte, brach er bewußtlos zusammen und mußte zum Arzt gebracht werden. Bei seinem Erwachen befand er sich im Sprechzimmer des Dr. Hause. Dieser Arzt erklärte nun, es sei ihm unverständlich, wie man einen derart schwerkranken Mann noch zur Arbeit auf die Grube schicken könne. Er bekam von dem betreffenden Arzt eine Bescheinigung über seine absolute Arbeits-

unfähigkeit. Da der Invalide nun Unterstützung verlangte, wurde ihm diese von der Gemeinde mit dem Bemerkten verweigert, er habe ja gearbeitet. Zu bemerken ist aber noch, daß er nur vier Schichten zu vier Mark gearbeitet hat, wofür er den Lohn erst in der kommenden Woche erhält.

Den Fignern das Maul gestopft

Aus Anlaß der unwahren Gerüchte, die über Sowjetrußland von dem Postmeister Schwarz und dem Arbeiter Spielmann verbreitet wurden, hatte die Internationale Arbeiter-Klasse in Wüstegiersdorf zu einer öffentlichen Versammlung am Dienstag aufgerufen, welche sehr gut besucht war, und mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Genossen Eggert, Berlin folgte. Seine Ausführungen, welche von großer Kenntnis der Verhältnisse in der Sowjetunion zeugten, widerlegten die Märchen, durch die man die Arbeiterklasse irre machen wollte. Zur Diskussion meldeten sich verschiedene Arbeiter. Ein Arbeiter sprach seine Befriedigung darüber aus, ein klares Bild von der Sowjetunion erhalten zu haben, und der andere forderte auf, dem zunehmenden Terror der Faschisten einen antifaschistischen Kampfbund entgegenzusetzen. Zum Schluß meldeten einige Arbeiter ihren Beitritt zur I.A.K., und es wurde hier eine neue Ortsgruppe geschaffen.

Schweidnitz

Aus der Aron-Hölle

Die schwache Gegenwehr der Belegschaft gegenüber allen Anordnungen der Direktion läßt letztere zu immer mehr drakonischen Maßnahmen schreiten. In den letzten Tagen wurde ein förmlicher Arbeit-

Eindrucksvolle Revolutionsfeier in Weißstein

Zu einer wichtigen Willensäußerung der Arbeiterklasse gestaltete sich die Revolutionsfeier der Weißsteiner Ortsgruppe der K.P.D. Wenn man berücksichtigt, daß die Bergarbeiter in Weißstein durch die Wassergrube der letzten Zeit vorige Woche zum Teil ganz und der andere Teil zwei Schichten feiern mußten, so kann wohl ruhig gesagt werden, daß das Gemerke unserer Gegner nichts weiter ist als blinde Ohnmachtswut. Nichts kann den Willen und die Entschlossenheit der immer stärker werdenden K.P.D. brechen. Auch die von der Polizei vorgenommenen Bestrebungen, insbesondere die der „Krimchen“, werden uns durch die mehr albern als zweckmäßigen Verbordnungen nicht abhalten, das zu tun, was notwendig ist. Schon die ganze Woche interessierte sich die Kriminalpolizei für unsere Revolutionsfeier. Fragen über Fragen wurden an die Funktionäre gestellt, ob sie Gemerke angemeldet haben, sogar für das Einräumen des Saales zeigten sie ein hohes Interesse, aber alles half nichts; die Arbeiter strömten in Massen zu uns. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung war der Saal derartig überfüllt, daß sehr viele Proleten wieder umkehren mußten.

Nach einem einleitenden Gedangsport der Genossin Bräuer und Schubert stieg die Revue „Alle Macht den Räten“. Mit eindrucksvollen Szenen gaben die „Trommler“ die Entwicklung der Kämpfe unserer russischen Genossen wieder. Mit jeder steigenden Szene steigerte sich die Begeisterung der Zuhörer.

Genosse Müller, Breslau, hielt die Ansprache. Dem Tage entsprechend (Allerheiligen, Allerheiligen) war der zweite Teil angepaßt. Nicht etwa die Auffassung der Spießer sollte wieder-

wachungsbienst geschaffen. Ohne Rücksicht werden die Kollegen beim Feierabend auf das schärfste kontrolliert. Alles wird durchsucht, Taschen, Effenträger, Kleidungsstücke, ja, man schnüffelt sogar in den Werkzeugtaschen der Fahrräder herum.

Hat etwa Herr Schoder Angst, daß man in der Tasche einen Radio-Apparat hinausgeschleppt, oder denkt man etwa, daß die Aron-Proleten Klebseife die Materialien für sich verbrauchen? Ja, bei so einem famosen Arbeiteramt wird es noch vorkommen, daß die Proleten sich nackt ausziehen müssen, bloß um mehreren höheren Beamten etwas zu tun zu geben.

Und die Leitung des A.M. „steht und hört nichts“. Hier ist jetzt momentan mit dem Kampfe gegen die K.P.D. beschäftigt, die Betriebsversammlung verlegt man immer einen Tag um den anderen, die letzte mußte abgebrochen werden, da auch die Aron-Proleten den Panzern eines Dicks nicht mehr Glauben schenken. Knapp zwei Dutzend (meistens solche, die von S. abhängig sind) waren erschienen, aber nicht die Aron-Proleten, die schon geschrien hätten.

Interessant ist es auch, daß Herr Knorr, seines Amtes Oberbozner des A.M. in Breslau, seinen eigenen Sprößling in trauten Verhandlungen mit Herrn Dr. Schoder als Volontär in den Aron-Werken unterbrachte. — Mag Herr Dicks samt seinem Lolaien Pölscher die K.P.D. zehnmal am Tage auffressen — auch bei Aron markiert unser Bedanke.

Königszell

Unsere diesjährige Revolutionsfeier findet Sonnabend, den 8. November, in der „Aron“ statt. Zu dieser Feier wurde die Arbeiterschaulspieltruppe „Die Trommler“ mit nachstehendem Programm verpflichtet:

1. „Alle Macht den Sowjets.“
2. „Vom Kriegerverein zum Massengrab.“
3. Mehrere heitere Szenen.

Wir bitten alle Parteifreunde und Massenbewußten Arbeiter, diese Veranstaltung zu unterstützen. Die Eintrittspreise sind äußerst niedrig gehalten, und zwar: Erwerbslose und Hausfrauen 40 Pf., Beschäftigte 70 Pfennig.

Niederschlesien

Görlitz

Werttätige, heraus!

Am 7. November, 20 Uhr, Revolutionsfeier im Konzerthaus.

18,30 Uhr Antreten zur Demonstration am Nikolaigraben.

Besucht das Görlitzer „Volkshaus“

ka kriegt ihr von dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes und zweiten Zugführer des Reichsbanners Albert Kaczek, wohnhaft Sofstraße 17, eins in die Presse. Dieser Bursche hat am Sonntag allem Ansehen nach den kommunistischen bekommen. Ein Arbeiterkorrespondent besuchte am Sonntag das Volkshaus. Wie so oft, konnte man die geistigen Führer der Arbeiterklasse in einem sehr zweifelhaften Zustande antreffen. Die Anwesenheit unseres Genossen störtet euch ihre „Darmtonie“. Raum hatte unser Genosse Platz genommen, kam auf Verabredung der Mensch mit dem Namen Kaczek und noch ein Reichsbanner auf diesen zu. Trotzdem ihm gesagt wurde, daß der Platz von einer Kollegin besetzt ist, pflanzte sich Kaczek neben unseren Genossen und beleidigte ihn in der wüsten Weise. Als sich unser Genosse das verbat, erklärte Kaczek: „Ein paar in die Presse launste kriegen; wenn ich dir drunten begegne, haue ich dich, daß du gleich ins Krankenhaus kommst!“

Einen Kommentar zu schreiben, erübrigt sich wohl. „Der größte Damp...“ Der Hilfsmonteur Richard Reichel, wohnhaft Kaufmannstraße 57, Seltenshaus, geht selbst stampfen, und hat es fertig gebracht, wiederholt Arbeiter beim Arbeitsamt wegen Schwarzarbeit anzuzeigen.

Schandschiedsprechung in der Färberei Maish, Liegnitz

Der Färbereiarbeiter der Färberei Gebr. Maish in Liegnitz ist durch den Schandschiedspruch des Schlichtungsausschusses Liegnitz um 5 Prozent gekürzt worden.

Dieser Schandspruch verurteilt die dort beschäftigten Proleten zum Verzweifeln, wenn man berücksichtigt, daß ein männlicher erwachsener (!) Arbeiter bisher einen Stundenlohn von nur 64 Pfennig erhielt. Katastrophal muß sich dieser Lohnabbau für die betroffenen Arbeiter annehmen, da der Betrieb dazu noch verfährt, zu arbeiten.

Sagan

Es geht vorwärts!

Halbau. Ein glänzender Erfolg war die öffentliche Frauenversammlung. Genossin Possiede-Sagan referierte über die Lage in der Sowjetunion und den Kongreß werttätiger Frauen. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Mehr Arbeiterinnen und vier Arbeiter ließen sich als Mitglieder in die Partei aufnehmen.

Liegnitz

Nationalsozialistische Morddrohungen!

Am Donnerstag erhielt der Genosse Granalle durch die Post einen Brief zugestellt mit folgender Anschrift:

„An die Rot-Mord-Zentrale Granalle, Liegnitz.“

Zu dem Brief steckte ein von diesem Genossen verantwortlich gezeichnete Auftrags zum Kampf gegen die braune Mordpest, auf dessen Rückseite folgender heiliger Erguß stand:

„Du Arbeitermörder, Du Bluthund Du. Du hast uns genug beschissen. Einzeln werden wir Dir Zehen- und Fingernägel herausreißen, Du Lump Du. Du Breslauer Mordbube Du. Du bist der erste, der haunell. — Joseph.“

Daß ein Nazi den schriftlichen Beweis seiner jachitischen Beziehung mit dem laischen biblischen Namen „Joseph“ unterzeichnet, kann für ihn noch verhängnisvoll werden. Was wird bloß Hitler dazu sagen, wenn er das liest?

Kommissar Scholz auf dem Kriegspfade

Am vergangenen Sonnabend war bei der Liegnitzer I.A. Großkampftag. Schon in aller Frühe erschienen die Kämpfer in den Wohnhäusern der Genossen Granalle und Seyer. Kommissar Scholz setzte alle Kräfte daran, seinem 500jährigen Blamagejubiläum ein Stück näher zu kommen. Wir müssen anerkennen, dieser Versuch

daß der Schlichtungsausschuss Liegnitz durch diesen Schiedspruch zu trauriger Verhängnis gelangt ist, weil er als erste staatliche Schlichtungsstelle den Mut aufgebracht hat, den miserabel bezahlten Textilarbeitern das Brot vom Tische zu nehmen.

Die Bürokratie des Textilarbeiter-Verbandes hat auch hier wieder ihre verräterische Rolle gespielt. Mit allen Mitteln hat sie versucht, den „Arbeitsfriede“ zu erhalten, zum Nachteil der Arbeiter. Textilproleten, erkennt die Rolle, die diese jachitischen Verbandsbürokraten spielen. Werbet Mitglieder der K.P.D. und kämpft!

gegeben werden, sondern die Betrachtungen des Massenbewußten Proletariats, über das Massenmorden der kapitalistischen Staaten 1914 bis 1918.

Der 3. Teil der Programmpfolge, „Vom Kriegerverein zum Massengrab“, zeigte den Zuhörern in ernsten und heiteren Bildern die Bestrebungen der Spießer, und vor allem das Rülsten der Nazis, wie durch verlogene Parolen die Arbeiterklasse als Kanonensputter erzogen wird.

Ein nicht endenwollender Beifall zeigte, daß die Weißsteiner Arbeiterschaft eine politische Satire zu würdigen versteht.

Auch die diesjährige Revolutionsfeier war ein Bekenntnis zur K.P.D. und zu einem Sowjetdeutschland.

Kommunalkonferenzen am 7. November

W. Schweidnitz, Tagungsort Schweidnitz, „Stadt Breslau“, 9 Uhr.

W. Görlitz und Riesengebirge, Tagungsort Greiffenberg.

W. Waldenburg.

W. Liegnitz-Bunzlau, Tagungsort Sagnau, Westurmstraße 10, Ecke Stockstraße.

W. Langenbielau und Glaser Bergland, Tagungsort in den Räumen der „Arbeiterstimme“.

W. Sagan-Grünberg-Glogau, Tagungsort Neusalz.

W. Breslau-Dhlau, Tagungsort Dhlau, Lokal Schmidt (über der Ober).

ist ihm glänzend gelungen. Die Polizeizeitung, welche gesucht wurde, konnte nicht gefunden werden, da die beiden Genossen überhaupt keine Ahnung von der Existenz einer derartigen Zeitung haben. Als Ersatz nahmen die Krimis dem Genossen Geher eine Betriebszeitung, die dieser sich gekauft hatte, weg. Eine mehrstündige Besetzung der Geschäftsstelle der „Arbeiter-Zeitung“ führte zu dem gleichen „Erfolg“. Hier nahm man einige Bogen leeres Papier und eine Schriftprobe der Schreibmaschine mit. Wir fordern Herausgabe des leeren Schreibpapiers, da wir der Ansicht sind, daß, wenn Herr Scholz Papier braucht, er solches in jeder Buchhandlung kaufen kann.

„Kleinarbeit“

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Zintenkult von der Grünstraße einen Aufruf, wonach die K.P.D. wieder zur Kleinarbeit zurückkehren soll. Dieser sinnlose Reporter hat festgestellt, daß nach Laufende von Ortsvereinen der K.P.D. zu gründen sind. Auf der neugierigen Gedanken, wie das gemacht werden soll, schreibt er gleich die Antwort:

„Von unten auf! Wie im organischen Leben, wie in der Geschichte der Partei. Kleinarbeit! Und auch auf das Land hinaus die Kleinarbeit getragen! Gerade dahin, wo die reaktionäre Gefahr vielfach am größten ist!“

Also werden die Kommunisten die Freude erleben, die K.P.D. Genossen Fehlich, Fischer, Hering usw. am kommenden Sonntag früh um 7 Uhr auf's Land zur Werbung marschieren zu sehen. Eine größere Bestellung auf die Broschüre: „Das wahre Gesicht der K.P.D.“ von Maria Keeke hat der sozialdemokratische Parteivorstand bei unserer Bezirksstelle bereits aufgegeben.

Weltliche Schule. In allen Schulen wird im November auf Veranlassung der Schulverwaltung eine Umfrage stattfinden, welche Eltern ihre Kinder ab Oftern 1931 in die weltliche Schule übergehen lassen wollen. Jeder Prolet meldet seine Kinder für die weltliche Schule zunächst beim Klassenlehrer oder Rektor an. Eltern, frag eure Kinder, ob diese Umfrage statigefunden hat.

Erwerbslose, Achtung! Holt euch Auskunft in allen Erwerbslosenfragen beim Erwerbslosenamt. Sprechstunden täglich im Büro der „Arbeiter-Zeitung“, Parkstraße 8, Hinterhaus, von 10-12 Uhr.

Briefkasten

Halbau. Wir sind nicht der Auffassung, daß der Arbeitsplan der K.P.D. in der „A.-Z.“ veröffentlicht werden muß. Seine Veröffentlichung und Befolgung an die Funktionäre bzw. Mitglieder der K.P.D. ist nicht zulässig.